

Dreizehnte Sitzung – Treizième séance

Mittwoch, 23. September 2015
Mercredi, 23 septembre 2015

08.15 h

15.9007

Dringliche Interpellationen. **Starker Franken und Reduzierung unnötiger Bürokratie**

Interpellations urgentes. **Franc fort et réduction de la bureaucratie inutile**

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

Nationalrat/Conseil national 23.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Le président (Rossini Stéphane, président): Nous traitons les interpellations urgentes sur le franc fort et la réduction de la bureaucratie. Le Bureau a décidé d'ajouter aux six interpellations qu'il a déclarées urgentes six motions ainsi qu'une interpellation.

Noser Ruedi (RL, ZH): In dem vor einigen Wochen vom Bundesrat veröffentlichten Bericht zur administrativen Entlastung kann man folgenden Satz lesen – der Versuch, ihn zu verstehen, lohnt sich –: «Diese zusätzlichen regulatorischen Lasten für die Unternehmen führen dazu, dass trotz der zahlreichen Massnahmen, die auch in diesem Bericht thematisiert wurden, die Nettobelastung für die Unternehmen ansteigen kann und auch die Unternehmen eine Zunahme der Belastung wahrnehmen, wie dies der Bürokratiemonitor gezeigt hat.» Dieser fast unaussprechliche Satz steht in meinen Augen definitiv für Bürokratie.

Danach kommt der Bundesrat auf unser und auf sein eigenes Sündenregister zu sprechen. Er führt Dinge an, die wir schon beschlossen haben, zum Beispiel Solidarhaftung und Swissness, die wir letztthin mit einer überbordenden Verordnung in Kraft gesetzt haben. Schliesslich kommt er auf zukünftige Projekte am Regulierungshorizont zu sprechen: die Energiestrategie 2050, die Umsetzung von Artikel 121a der Bundesverfassung, die Finanzmarktregulierung, die grüne Wirtschaft, die Aktienrechtsrevision usw. Bei der Aktienrechtsrevision und der Finanzmarktregulierung kann der Bundesrat seinen guten Willen noch beweisen, die Vorlagen sind ja noch bei ihm; meiner Ansicht nach könnten sie dort auch noch eine Weile bleiben.

Eine erste Geste des guten Willens hat der Bundesrat auf Antrag der FDP-Liberalen Fraktion gemacht: Er hat nämlich die EO-Beitragssätze gesenkt. Das ist eine Entlastung, die wirkt, und zwar wirkt sie ab dem 1. Januar 2016. Leider hat er sie nur um 0,05 Prozentpunkte gesenkt; 0,1 Prozentpunkt wäre möglich gewesen, auf 0,4 Prozent. Das hätte Arbeitgebern und Arbeitnehmern 400 Millionen Franken mehr in die Taschen gegeben.

Der Sinn dieser Interpellation ist es, den Bundesrat zu motivieren, wirklich vorwärtszumachen mit weniger Regulierung. Ich möchte den Bundesrat nicht einladen, weniger Geschäfte voranzutreiben. Vielmehr braucht es ein Umdenken, ein geschärftes Auge für die Folgen jeder Regulierung. Gleichzeitig müssen der Bundesrat und die Verwaltung den Mut haben, wichtige, echte Reformen voranzutreiben.

Nicht nur die Wirtschaft muss produktiver werden, nein, das gilt auch für die Verwaltung. Wenn man schaut, auf welche Art und Weise man in den letzten zwanzig Jahren in der Pri-

vatindustrie administrativ vorwärtsgemacht hat, stellt man fest, dass EDV-gestützt sehr viel geändert hat. Die Privatwirtschaft ist produktiver geworden, Hierarchien wurden abgebaut. Wohl am besten sieht man das daran, wie sich in der Privatwirtschaft der Büroarbeitsplatz verändert hat. Be trachtet man aus der Optik der Privatwirtschaft den Büroalltag in der Verwaltung, gestatte ich mir – mit Verlaub – zu sagen: Man bekommt ab und zu den Eindruck, eine geschützte Werkstatt vor sich zu haben.

Der Staat kann nicht von der Wirtschaft mehr Produktivität verlangen, aber selbst keinen Beitrag leisten. Es reicht nicht, Aufgaben zu überprüfen, man muss auch bereit sein, Aufgaben mit weniger Leuten zu erledigen. Solche Reformprojekte gäbe es eigentlich zur Genüge. Es sollten uns zum Beispiel Reformen vorgelegt werden, wie man den Wertzoll einführen kann. Damit könnte man vermutlich auf einen Schlag die Hälfte der Zollverwaltung einsparen und erst noch das leidige Problem lösen, dass Frauenkleider mit höheren Zöllen belastet sind als Männerkleider. Oder die Finma könnte nicht nur sicherstellen, dass der Finanzplatz reguliert wird, sondern auch um die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unseres Finanzplatzes besorgt sein und dafür sorgen, dass die Fintech-Revolution in der Schweiz stattfindet, nicht in England.

Last, but not least: Es muss uns endlich gelingen, die Mehrwertsteuer zu vereinfachen. Ein Einheitssatz wäre eine riesige Entlastung für die Wirtschaft und die Verwaltung, und ein Einheitssatz wäre auch die Garantie für einen tiefen Mehrwertsteuersatz für alle, liebe SP: für alle, nicht für wenige – aus Liebe zur Schweiz! Oder liebe SVP: Frei bleibt man nur mit tiefen und einfachen Steuern – aus Liebe zur Schweiz!

Wenn man den Bericht fertigliest, sieht man: Der Bundesrat hält uns noch etwas den Spiegel vor. 2175 Vorstöße haben wir eingereicht, und ehrlicherweise müssten wir uns hier drinnen ja eingestehen: Die wenigsten davon verlangen eine Deregulierung. Am besten sieht man das an der Lebensmittelgesetzgebung. Ursprünglich war eine Deregulierung zur Bekämpfung der Hochpreisinsel Schweiz geplant. Dann kam dummerweise der Pferdefleischskandal dazwischen – und plötzlich baut das Parlament, nebst dem Deregulieren, ganz viele neue Regulierungsschwellen auf. Es kann nicht sein, dass ein Skandal dazu führen kann, dass jede Firma in diesem Land mit Hunderten, ja Tausenden von neuen Gesetzen und Regulierungen konfrontiert ist. Wie das funktioniert, ist ganz einfach: Die Linke ist ja bekannt dafür, dass sie dem Staat gerne mehr Aufgaben überträgt – und mit ein paar empörten Bürgerlichen gibt es dann eine Mehrheit. Das ist der Linksrutsch, wie er von der «NZZ» beschrieben worden ist; Sie können das nachlesen.

Das Erfolgsmodell Schweiz beruht auf den Elementen «flink» und «clever», und wir haben auch die Möglichkeit zu reagieren. Die FDP-Liberale Fraktion schlägt Ihnen vor, dass man analog zu unserer Schuldenbremse eine Bürokratiebremse einbaut. Diese soll dazu führen, dass wir uns hier über die Regulierungskosten wirklich Rechenschaft geben müssen. Sie soll unabhängig sein von der Verwaltung, und sie soll ebenso erfolgreich sein wie die Schuldenbremse. Darum möchten wir Sie darum bitten, dass Sie die Motion 15.3445 annehmen.

Rytz Regula (G, BE): Mit der Aufhebung der Frankenuntergrenze am 15. Januar dieses Jahres hat die Schweizerische Nationalbank die wirtschaftlichen und politischen Achsen in der Schweiz verschoben. Der Entscheid wird gerne als unausweichliche Notbremse dreier unabhängiger Technokraten, also des Nationalbankdirektoriums, verkauft. Dabei wird ignoriert, dass der Aufhebung des Mindestkurses eine gezielte Kampagne aus rechtsbürgerlichen Kreisen vorangegangen ist. Der Ex-UBS-Banker Oswald Grübel gratulierte der Schweizerischen Nationalbank nach ihrem Entscheid denn auch unverzüglich zu ihrer Anpassung an die Realität. Auch die Vertreter der rechten Parteien hier in diesem Saal werden nicht müde zu betonen, dass dieser Entscheid richtig und unausweichlich war. Das stellen wir von den Grünen



ganz klar infrage. Die Diskussion, die wir heute führen, zeigt ja, dass der Entscheid der Nationalbank die schweizerische Wirtschaft vor äusserst grosse Herausforderungen stellt.

Was ist seit diesem historischen Tag in der Schweiz passiert? Wir haben es in den Antworten des Bundesrates auf die dringlichen Interpellationen gelesen: Der Export ist unter Druck, weil die Frankenstärke vor allem die exportorientierten Unternehmungen betrifft. Sie betrifft auch die Zulieferer und den Tourismussektor. Die verarbeitende Industrie als eine der hauptsächlich betroffenen Branchen hat im letzten Quartal 0,3 Prozent bzw. 2000 Stellen abgebaut. Hier werden also aufgrund dieses Entscheides der Nationalbank Arbeitsplätze abgebaut, und Menschen verlieren ihr Einkommen.

Der Bundesrat erwartet auch in den nächsten Monaten einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine Konjunkturabkühlung, er empfiehlt uns aber, ruhig Blut zu bewahren. Das ist keine vorausschauende Politik. Wir Grünen wollen nicht zuwarten, bis die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt, bis Arbeitsplätze in der Industrie weiter abgebaut werden, bis innovative Branchen ins Ausland verlagert werden. Bundesrat und Parlament können jetzt nicht einfach die Hände in den Schoss legen, sondern müssen handeln.

Was verlangen wir Grünen von der Politik, das sie tun soll, um der Wirtschaft bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen zu geben? Es sind nicht die gleichen Rezepte, die wir vorhin gehört haben. Natürlich wollen auch wir nicht eine ausufernde Bürokratie. Aber gerade der Abbau zum Beispiel von Regulierungen führt nicht unbedingt dazu, dass es besser wird. Man hat es bei den Banken gesehen. Da hat man die Regulierungen so lange abgebaut, bis so hohe Risiken in Kauf genommen wurden, dass wir mit Steuergeldern für diese Risiken haften mussten und als Folge davon eine grosse wirtschaftliche Belastung hatten. Nein, wir Grünen wollen eine vorausschauende Politik, eine Politik, die auch investiert und nicht nur dereguliert. Ganz konkret heisst das für uns: den Schutz der Arbeitnehmenden verbessern, auch von denen, die jetzt von Entlassungen betroffen sind. Das heisst zum Beispiel auch, die Kurzarbeitsentschädigung weiterzuführen oder einen Weiterbildungsfonds für ältere Arbeitnehmende zu äufen. Weiter wollen wir die Kaufkraft erhalten. Das ist ganz wichtig, damit nicht auch noch die Binnenwirtschaft in den Strudel hineingezogen wird. Das heisst keine Lohnkürzungen, keine Eurolöhne in den Grenzregionen und die Durchsetzung der flankierenden Massnahmen. Das ist ausserordentlich wichtig, um einen Abbau der Kaufkraft zu verhindern. Wichtig ist natürlich auch, was im Bereich der Mietzinse und der Krankenkassenprämien passiert. Wir wollen, dass die Binnenwirtschaft auch weiter gut unterstützt wird.

Ein weiteres Thema von uns ist: investieren statt sparen. Es ist ganz wichtig, dass wir jetzt auch Unterhaltsinvestitionen vorziehen und nicht, wie es die Bürgerlichen vorschlagen, auf die Sparbremse treten, sodass zum Beispiel nicht einmal mehr der Hochwasserschutz finanziert werden kann. Das ist ganz sicher keine vorausschauende Politik.

Das wichtigste Thema für uns ist aber, dass wir jetzt innovative Arbeitsplätze sichern und ausbauen sollen. Das geht am besten mit dem Klimaschutz und mit der Energiewende. Was jetzt im Moment im Ständerat beraten wird, ist eigentlich ein Konjunkturprogramm im Sinne von «Arbeit bleibt hier, Geld bleibt hier». Wir wollen investieren in die Wertschöpfung hier in der Schweiz – und nicht 13 Milliarden Franken pro Jahr in Erdölkäufe in Saudi-Arabien und Russland stecken. Allein die Bauinvestitionen für die Gebäudeanlagerungen umfassten 2014 700 Millionen Franken und sicherten 5000 Arbeitsplätze. Mit der Förderung des Cleantech-Bereichs könnten wir in der Schweiz 85 000 Arbeitsplätze schaffen. Das ist vorausschauende Politik. Ich bitte Sie, dies so zu unterstützen.

Keller Peter (V, NW): Geschätzte Kollegin Rytz, Sie haben die rechtsbürgerlichen Parteien dafür kritisiert, dass sie gesagt haben, der Entscheid der Nationalbank sei richtig und unausweichlich gewesen. Sie haben von den Technokraten

der Nationalbank gesprochen. Umgekehrt loben Sie die Nationalbank dann, wenn die gleichen Technokraten einen Mindestkurs einführen.

Sehen Sie da nicht einen Widerspruch in Ihrer politischen Haltung, indem Sie einerseits die Unabhängigkeit der Nationalbank einfordern und sie andererseits wieder kritisieren?

Rytz Regula (G, BE): Wir fordern von der Nationalbank zudem, dass sie ihren gesetzlichen Auftrag erfüllt, das heisst, dass sie eine Geldpolitik verfolgt, die auch für die Wirtschaft von Nutzen ist. Wir wollen eine Nationalbank, die der Wirtschaft nützt und nicht schadet. Der Entscheid vom 15. Januar aber hat ihr ganz klar geschadet. Das gilt auch für die Entscheide im Vorfeld dieses denkwürdigen 15. Januar 2015. Man hätte zum Beispiel die Negativzinsen schon sehr viel früher einführen müssen. Wir erwarten von der Nationalbank, dass sie jetzt zumindest ein Währungsziel anstrebt, das für die Wirtschaft und für die Exporte tragbar ist. Da muss man von unserer Seite den Druck ganz klar aufrechterhalten.

Maier Thomas (GL, ZH): Ein halbes Jahr ist es her seit unserer letzten Debatte an dieser Stelle zum gleichen Thema: Wie meistert die Wirtschaft die Herausforderungen? Ich frage: Lagen wir Grünliberalen richtig mit unserem Ratsschlag, Ruhe zu bewahren?

Da es um Devisenkurse geht, möchte ich Ihnen gerne ein paar Zahlen in Erinnerung rufen, Stand gestern: Der Kurs Franken/Euro beträgt im Vergleich zum Vorjahr minus 9 Prozent und liegt bei knapp Fr. 1.10. Der Kurs Franken/US-Dollar – der US-Dollar ist eine für die Schweizer Wirtschaft ebenso zentrale Währung wie der Euro – beträgt im Vergleich zum Vorjahr plus 3,3 Prozent. Sie haben richtig gehört: plus 3,3 Prozent! Das ist eine Schwächung des Frankens. Genau darum spreche ich mittlerweile lieber von Euroschwäche als von Frankenstärke.

Natürlich teile ich die Meinung des Bundesrates in seiner ausführlichen Antwort, die zu lesen sich übrigens lohnt: Ja, wir stehen in der Schweiz vor sehr grossen wirtschaftlichen Herausforderungen, nicht nur wegen des schwachen Euro. Der Euroschwäche besonders ausgesetzte Wirtschaftsbereiche, wie die exportorientierte Industrie und ihre Zulieferer, der Tourismus und der Detailhandel, stehen unter hohem Anpassungs- und Kostendruck. Fakt ist aber auch, dass die Konjunktur robust ist. Wie der Bundesrat schreibt, gibt es keine rezessiven Tendenzen, sie sind auch nicht in Sicht. Es gibt auch Gewinner wie Firmen, die günstiger einkaufen können, und Konsumentinnen und Konsumenten. Auch im Tourismus waren im Sommer die Logiernächte vielversprechend und zunehmend. So weit, so gut. Wir Grünliberalen lagen und liegen also richtig.

Die Wirtschaft kämpft dank den stabilen und guten Rahmenbedingungen erfolgreich. Innovation bringt uns weiter, wie auch der Bundesrat schreibt. Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 bietet diverse Chancen, neue Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Schweiz zu schaffen und vor allem den Abfluss von Geldern nur für den Einkauf von Erdöl, Erdgas und Uran ins Ausland zu vermeiden.

Gleich im Anschluss kommen noch diverse, wunderbar klingende Vorstösse zur Abstimmung. Sie wollen Verordnungen kippen, massive Überregulierung bekämpfen usw. Wohl, wohl, schöne Worte, aber es ist durchs Band weg Schaumschlägerei, die wir klar ablehnen. Sie hätten die letzten Jahre diverse Chancen gehabt, es besser zu machen. Ich nenne Beispiele:

Ein Beispiel ist die Mehrwertsteuer, wohl der grösste administrative Moloch auf Bundesebene. Zig Milliarden Franken versenken hier unsere Unternehmen jährlich rein in die Administration. Wo waren Sie, als wir den Einheitssatz ohne tausendseitige Ausnahmenkataloge hätten beschliessen können?

Ein weiteres Beispiel ist die Landwirtschaft: Wo waren Sie respektive sind Sie, wenn es darum geht, Handelshemmnisse abzubauen respektive diese wieder aufzubauen? Es



gab einen diesbezüglichen FDP-Vorstoss, der von CVP, SVP und Teilen der FDP angenommen wurde.

Ein Beispiel ist die Swissness: Je rund die Hälfte von SVP, FDP und CVP haben vorletzte Woche die letzte Chance auf ein Stoppen verpasst. Es nützt nichts, am Tag darauf an Podien zu bedauern, wie schlimm diese Swissness-Vorlage sei, wenn Sie am Vortag gegen die Sistierung gestimmt haben.

Ein Beispiel ist die Subunternehmerhaftung bei den flankierenden Massnahmen, auch dort haben wir massiv mehr Administration und Regulierung geschaffen. Lenken statt fördern, Lippenbekenntnisse statt handeln: Statt dass wir jetzt endlich eine Lenkungsabgabe auf Graustrom einführen, soll die Wasserkraft auch noch subventioniert werden. Wann folgt die Forderung nach einem KEV-Rappen für Beznau, da sonst die Axpo in Schieflage komme?

Wir Grünliberalen werden uns wie in den letzten Jahren für die eigentlich einfache Forderung einsetzen: Ruhe und kühlen Kopf bewahren. Überhastete Forderungen nach irgendwelchen Konjunkturprogrammen und Stützungsmassnahmen oder Finanzhilfen – ein Lieblingswort von mir – des Bundes bringen nichts. Sie kosten nur viel Geld, das dann anderswo fehlt.

Wir haben keine Probleme bei der Nachfrage, sondern bei den Kosten. Schaffen respektive erhalten wir liberale und marktgerechte Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft. Erarbeiten wir gemeinsam mehrheitsfähige Lösungen, statt wie heute einfach die eigenen Parteiprogramme als Rezept zu verkaufen. Schauen wir, dass wir den Innovationspark – dieser ist ein Meilenstein – auf die Zielgerade bringen. Das ist konkretes Standortmarketing. Investieren wir weiterhin in Innovation und Bildung, setzen wir die Energiestrategie um. Packen wir die Chancen in unserem innovativen Land. Als Politikerinnen und Politiker müssen wir dazu einzig und allein möglichst stabile und marktkonforme Rahmenbedingungen schaffen.

Rime Jean-François (V, FR): «Franc fort et réduction de la bureaucratie inutile»: avec ce titre, on induit les Suisses et les Suisse en erreur. Les problèmes auxquels nous sommes confrontés ne viennent pas de la Suisse, mais bien de l'étranger, et principalement de l'Union européenne. Nous devrions donc parler d'euro faible et non pas de franc fort. Vous me direz sans doute que les conséquences pour les entreprises sont exactement les mêmes. C'est vrai, mais pour les remèdes que nous essayons d'y apporter, cela change beaucoup.

Si vous regardez la liste des interpellations qui seront soumises au vote dans le cadre de ce débat, il semble que les partis bourgeois partagent à peu près le même avis que moi. Les seules solutions applicables consistent à décharger les entreprises et surtout les PME de toutes les charges administratives inutiles, et elles sont nombreuses. Je dirais même de plus en plus nombreuses. Rassurez-vous, je n'oublie pas non plus les nouvelles taxes qu'une majorité du présent Parlement approuve avec un très grand enthousiasme. Pensez à la loi sur l'approvisionnement en électricité qui est actuellement en discussion avec l'augmentation de la rétribution à prix coûtant du courant injecté. Pensez à l'augmentation probable et souhaitée par le Conseil fédéral des taxes sur le carburant. Pensez à l'augmentation de la taxe sur la valeur ajoutée pour financer les assurances sociales.

En résumé, notre pays, nos entreprises, doivent faire face à une situation difficile. Cette situation risque de se prolonger. Ici, au Parlement, ne rendons pas la situation encore plus difficile par de nouvelles contraintes ou de nouvelles lois.

Le groupe UDC soutiendra, en principe, les propositions faites par les partis bourgeois et rejettéra toutes les propositions faites par la gauche, qui nous amènent de nouvelles obligations, de nouvelles contraintes et surtout de nouvelles charges. Je vous remercie de suivre nos recommandations.

Maire Jacques-André (S, NE): Comme le relève le texte de notre interpellation, en abolissant le taux plancher du franc suisse face à l'euro, la Banque nationale suisse a infligé un

grave coup d'arrêt à certains secteurs de l'économie. C'est en particulier le cas des entreprises tournées vers l'exportation et de leurs sous-traitants.

Le recul des exportations lié au franc fort atteint déjà aujourd'hui 4,5 pour cent, quelques mois seulement après la décision de la Banque nationale suisse, et plusieurs milliers de postes de travail ont déjà été supprimés tandis que le chômage est en hausse dans plusieurs cantons directement concernés. Les perspectives au niveau des carnets de commande sont de plus en plus sombres pour les mois à venir et il faudra très certainement envisager une prolongation de la durée du chômage partiel pour éviter de devoir se séparer de collaborateurs compétents. Nous demandons donc au représentant du Conseil fédéral s'il est disposé à octroyer, en temps voulu – soit déjà dans quelques semaines pour certaines entreprises – une prolongation du chômage partiel.

Plus grave encore, les résultats du sondage réalisé par Swissmem auprès de ses membres a révélé que 22 pour cent des entreprises interrogées étaient aujourd'hui prêtes à délocaliser à l'étranger une partie de leur production et que 25 pour cent des entreprises menaient actuellement des réflexions à ce sujet. Nous craignons très fortement d'être au début d'un processus de désindustrialisation dont les conséquences pourraient être dramatiques à moyen et long termes. Nombre de pays voisins paient aujourd'hui au prix fort les erreurs commises par le passé en n'ayant pas suffisamment défendu leurs activités industrielles.

Face à la gravité de la situation qu'endurent de nombreuses entreprises exportatrices, et en attendant le rapport du Conseil fédéral à ce sujet, nous réaffirmons notre demande de créer un fonds qui servira à freiner le processus de désindustrialisation et à soutenir les petites et moyennes entreprises et leurs fournisseurs qui ne sont pas en mesure de procéder seules à des investissements pour accroître leur productivité et leur compétitivité.

Face à la pression très forte à laquelle sont soumises les régions frontalières, nous demandons au Conseil fédéral de faire tout ce qui est en son pouvoir, en collaboration avec les cantons concernés, pour que les mesures d'accompagnement existantes soient réellement mises en oeuvre et dûment contrôlées, et nous sommes d'avis que ces mesures d'accompagnement devraient encore être renforcées, notamment en matière salariale, par une extension des conventions collectives. Le Conseil fédéral est-il prêt à appuyer ces efforts?

Madame Susanne Leutenegger Oberholzer s'exprimera tout à l'heure au sujet de sa proposition en faveur d'une protection renforcée des employés âgés. C'est en effet une catégorie de personnel qui mérite une attention toute particulière dans le climat où nous vivons.

Pour relever les défis des mutations structurelles engendrées par la politique monétaire de la Banque nationale suisse, un renforcement des qualifications des employés est indispensable pour qu'ils puissent se maintenir à niveau et se perfectionner, mais aussi pour créer ou développer de nouvelles professions et de nouvelles formations dans de nouveaux domaines, comme par exemple celui des «clean-tech».

On sait que trop souvent, malgré l'excellence de notre système de formation professionnelle, les travailleurs concernés ne parviennent pas à se former en raison d'un manque de temps disponible ou d'un manque de moyens financiers. Dans ce sens, quelles mesures concrètes le Conseil fédéral est-il prêt à prendre pour que les employeurs soient davantage incités à favoriser la formation de leurs employés, en particulier des plus âgés d'entre eux? De très bonnes pistes ont été évoquées lors de la table ronde réunie par le chef du Département de l'économie, de la formation et de la recherche, mais nous en sommes restés aux déclarations d'intention qui ne produisent pas, pour le moment, de réelles améliorations. Nous réclamons donc des mesures concrètes.

Pour redonner aux entreprises une partie des avantages de compétitivité qu'elles ont perdus, le soutien à l'innovation est bien sûr primordial, en particulier l'octroi de moyens supplé-



mentaires à la Commission pour la technologie et l'innovation. Nous avons lu avec beaucoup d'intérêt que le Conseil fédéral était prêt à le faire. Notre question est de savoir quel est le montant que ce dernier serait prêt à libérer pour cette opération qui devrait porter ses fruits à moyen terme.

Enfin, même si les gains de change semblent avoir été mieux répercus auprès des consommateurs qu'en 2011, nous sommes d'avis que la loi sur les cartels devrait être révisée de façon urgente pour améliorer la situation. Vu la conjoncture actuelle qui semble devoir durer, comme l'ont déjà dit certains préopinants, le Conseil fédéral est-il dispose à rouvrir ce dossier dans l'intérêt des consommateurs? Nous vous remercions d'avance pour vos réponses.

Clottu Raymond (V, NE): Monsieur Maire, votre discours comporte des contradictions. Ne pensez-vous pas que les entreprises, avec une présence moins marquée de l'Etat, arriveraient mieux à respirer et, de ce fait, parviendraient à être plus compétitives?

Maire Jacques-André (S, NE): Comme vous l'avez entendu, j'ai évoqué l'intervention de l'Etat pour venir en aide aux entreprises qui ne peuvent pas, à elles seules, investir. Vous en connaissez autant que moi de ces entreprises qui ne sont pas aptes financièrement à relever les défis de l'innovation. Nous sommes face à une véritable révolution dans les processus de fabrication, c'est le cas par exemple dans l'industrie des machines, et pour aborder les questions de ces nouvelles méthodes de production il faut un soutien de la recherche, et c'est la responsabilité des collectivités publiques. Ceci bien entendu vise à soutenir une politique industrielle, ce que nos voisins n'ont pas su faire – et vous êtes je crois le premier à critiquer la politique de nos voisins qui ont laissé partir leur industrie à l'étranger.

Amherd Viola (CE, VS): Die Schweiz und die schweizerische Wirtschaft wurden durch die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative und durch die Aufhebung des Euromindeskurses vor grosse Herausforderungen gestellt. Trotzdem befindet sich die Schweiz in den internationalen Rankings meistens in den Top 3. Gemäss Fraser Institute ist die Schweiz in Bezug auf die wirtschaftliche Freiheit Nummer 1 in Europa und Nummer 4 weltweit. Unser Land ist also gut aufgestellt. Die Schweiz kann die Herausforderungen meistern, davon bin ich überzeugt.

Und doch ist unser Land im Doing-Business-Index der Weltbank von Rang 11 im Jahr 2005 auf Rang 29 im Jahr 2014 zurückgerutscht. Die administrativen und kostenmässigen Belastungen durch Regulierung haben in den letzten Jahren zugenommen. Eine Trendwende zeichnet sich nicht ab. Bürokratie und Überregulierung sind eine ernstzunehmende Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit.

Unsere Unternehmen erwarten nicht, dass die Politik ihnen eine fixfertige Zukunftsstrategie auf dem Silbertablett präsentiert. Der Bundesrat und wir, das Parlament, müssen aber Vertrauen, Rechtssicherheit, Perspektiven und Handlungsspielraum schaffen. Die Schlüsselworte dazu heissen Bildung, Forschung und Innovation, Sozialpartnerschaft, liberaler Arbeitsmarkt, Sicherung der Bilateralen und schlanker Staat. Mitmachen müssen auch die Kantone, denn laut Umfragen des Seco ist die Regulierungslast im Baurecht am grössten, und das ist grossteils kantonal. Die Frankenstärke verlangt eine fundierte Prüfung möglicher Entlastungsmassnahmen. Unnötige administrative Belastungen sind abzubauen. Obwohl der Bundesrat bereits einiges in diesem Bereich getan hat, wie das UVEK mit der Anpassung des Prüfungsrythmus für Neuwagen oder einfacheren Formalitäten betreffend Erdbebensicherheit, muss die Schweiz noch mehr zur Bekämpfung der Regulierungsflut unternehmen.

Wir von der CVP/EVP-Fraktion fordern, dass neue Gesetze und Gesetzesrevisionen schlank ausfallen und dass entsprechende Verordnungen im Zaum gehalten werden. Wir streben den Einsatz des Instruments «one in, one out» an. Regierung und Parlament müssen ein Konzept zur Abschaf-

fung überflüssiger Regulierungen erstellen. Dasselbe gilt für solche, deren Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht angemessen ist. Verordnungen sind einzubeziehen. Zur Umsetzung dieses Konzepts fordern wir die Schaffung eines politisch unabhängigen Regulierungsüberwachters, der bestehende Gesetze auf die Möglichkeit hin überprüft, administrative Belastungen zu senken und Überregulierungen aufzulösen; dies in der Privatwirtschaft wie auch in öffentlichen Betrieben. Zudem hat er Regulierungsanalysen zu erstellen, die zeigen, wo es Handlungsbedarf gibt.

Für die CVP/EVP-Fraktion stehen außerdem vereinfachte Verfahren für kleinere und mittlere Unternehmen im Vordergrund; das ist uns besonders wichtig. KMU leiden nämlich ganz speziell unter der Bürokratie. Ihr Vorteil gegenüber grösseren Unternehmen besteht in schlanken Strukturen, grosser Flexibilität und schneller Produktion. Nehmen wir ihnen durch unnötige Vorschriften und überbordende Bürokratie diesen Vorteil, schaufeln wir ihnen das Grab und somit auch eines für unseren Mittelstand. Das Parlament muss bei jeder neuen Regulierung prüfen, welche Vereinfachungen für kleine und mittlere Unternehmen möglich sind, zum Beispiel im Sinne einer Opting-out-Klausel.

Zum Schluss noch etwas Selbstkritik: Wir, das Parlament, und mit uns die gesamte Verwaltung funktionieren besser und sind schlagkräftiger, wenn wir uns manchmal selbst beschränken und aufs Wesentliche fokussieren. Seien wir zurückhaltend mit der Lancierung von Volksinitiativen, und unterlassen wir überflüssige, sich wiederholende Vorstösse. Ein anschauliches Beispiel negativer Art werden wir bereits an der morgigen Sitzung mit den Vorstösse zur Trennbanken-Thematik erleben. Nachdem wir bereits 2013 und 2014 fast gleichlautende Motionen abgelehnt haben, dürfen oder müssen wir morgen schon wieder über diese schwerwiegenden Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit diskutieren.

Für heute bitte ich Sie, die Motionen Vogler, Giezendanner, Schibli sowie jene der FDP-Liberalen Fraktion und der BDP-Fraktion anzunehmen.

Giezendanner Ulrich (V, AG): Liebe Frau Amherd, herzlichen Dank! Das hat mir gutgetan.

Sie haben es heute Morgen in den Zeitungen gesehen: Der Export ging um 4,5 Prozent zurück, der Import gar um 16,5 Prozent. 160 Arbeitsplätze fallen bei Sunrise weg, 55 bei Daetwyler Industries Bleienbach, 55 bei von Roll. Warum sage ich Ihnen das? Herr Bundesrat Schneider-Ammann, in der Frühjahrssession haben Sie treffend und richtig gesagt, die Wirtschaft müsse fitter werden, um diese Krise zu bewältigen, die Kantone und vor allem der Bund würden helfen. Die grossen Parteien – die wirtschaftsfreundlichen – haben sich zusammengetan, haben gesagt, unproduktive Arbeiten in den Betrieben müssten drastisch gesenkt werden. Deshalb freue ich mich über die Aussage von Frau Amherd.

Meine Motion betrifft die Statistiken. Ich habe nie an die Aussagen geglaubt, die da gemacht wurden, und an das, was uns versprochen wurde. Deshalb habe ich in weiser Voraussicht – ich rühme mich selbst – eine Motion gemacht, Frau Amherd hat sie erwähnt. Der Bundesrat gibt in der Antwort zu meiner Motion zu, dass ein Einsparungspotenzial von rund 10 Milliarden Franken drinliegen würde. Die Analyse des Gewerbeverbandes spricht von 50 Milliarden Franken. Das sind 50 Milliarden Franken in dieser schwierigen Zeit, die der Wirtschaft fehlen! Ich bin kein schlechter Mensch, das nehme ich für mich in Anspruch, und ich will niemandem ein Leid antun. Wenn aber nächste Nacht ein irreparabler Trojaner beim Bundesamt für Statistik Einzug halten würde und dieses Amt für die nächsten zehn Jahre wegputzen würde, wäre uns allen nur gedient – und merken würde es auch niemand, das muss ich Ihnen auch noch sagen.

Zum Schluss ein Beispiel aus meinem Betrieb: Wir kriegen jeden Monat – jeden Monat! – eine unsinnig dummliche Gütertransporterhebung. Die kriegen viele Unternehmen. Die meisten schicken sie schon gar nicht mehr zurück. Für unseren Betrieb heisst das, dass ein Mann während dreier Monate für nichts beschäftigt ist – für nichts!



Ich rufe auch die Linken auf, Herr Pardini: Ich rufe Sie auf zu helfen, mit meiner Motion heute hier ein Zeichen zu setzen und vor den Wahlen der Wirtschaft zu zeigen, dass wir es ernst meinen.

Schibli Ernst (V, ZH): Die ständig steigenden Anforderungen zur Erfüllung der statistischen Aufgaben bringen viele kleine und mittlere Betriebe an den Rand der Verzweiflung. Nicht nur der zeitliche Aufwand, sondern auch die steigende Komplexität der Fragestellungen sind Herausforderungen, die bei den Verantwortlichen in den KMU ungläubiges Kopfschütteln hervorrufen. Die damit einhergehenden Regulierungskosten belasten kleine und mittlere Betriebe besonders stark. In seiner Antwort spielt der Bundesrat die administrativen Belastungen, die ausufernde Bürokratie unverständlichweise herunter; vermutlich deshalb, damit der rasante Ausbau des Bundesamtes für Statistik nicht gestoppt und hinterfragt werden muss, obwohl der Bundesrat in seiner Antwort zugibt, dass ein Sparpotenzial von 10 Milliarden Franken vorhanden ist, wie Herr Giezendanner bereits ausgeführt hat.

Die Unternehmen aber getrauen sich kaum, sich zur Wehr zu setzen, da sie sich vor den administrativen Vergeltungsmassnahmen fürchten. Der Erfolg eines Unternehmens richtet sich aber nicht nach der qualitativen Erfüllung des Statistikdossiers, sondern nach seiner Leistungsfähigkeit, seiner Arbeitsqualität und seiner Innovation. Der Aufwand für statistische Verpflichtungen muss nach dem Motto «So wenig wie möglich, so viel wie nötig» erfolgen. Wenn nach dieser Devise vorgegangen wird, kann das Bundesamt für Statistik stark verkleinert werden, und trotzdem wird es die ihm zugeordnete Aufgabe erfüllen. Die Schweiz braucht auch in Zukunft wettbewerbs- und konkurrenzfähige Unternehmen auf allen Stufen und in allen Grössen, die ihre Verantwortung für eine prosperierende Volkswirtschaft mit dem Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze wahrnehmen. Der statistische Aufwand hat darin die ihm zustehende untergeordnete Rolle zu spielen.

Ich bitte Sie, meine Motion anzunehmen.

Vogler Karl (CE, OW): Mit ein wesentliches Element der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz ist eine verhältnismässige Belastung der Unternehmen durch staatliche Regulierung. Trotzdem nimmt diese ständig zu, und diese Belastung, das wird oft vergessen, haben nicht nur die Unternehmen zu tragen, sondern das bezahlen letztlich die Konsumentinnen und Konsumenten.

Meine Motion verlangt griffige gesetzliche Grundlagen für eine aussagekräftige Regulierungsfolgenabschätzung sowie eine unabhängige Einheit, die die Umsetzung der entsprechenden Vorgaben überprüft. Die bestehenden Regulierungsgrundsätze und -richtlinien sind ungenügend und weitgehend wirkungslos. Hinzu kommt, dass die bereits heute geforderten Regulierungsfolgenabschätzungen leider oftmals nicht mehr sind als eine lästige Pflichtübung. Doch damit nicht genug: Da die Regulierungsfolgenabschätzung in der Zuständigkeit des federführenden Bundesamtes liegen, ist das Ziel der Übung oft nicht, die eigene Regulierung sorgfältig zu prüfen, sondern – im Gegenteil – diese zu rechtfertigen. Es besteht also ein offensichtlicher Interessenkonflikt. Ein Beispiel dafür liefert die Vernehmlassungsvorlage zum neuen Finanzdienstleistungsgesetz: Bis heute ist keine Regulierungsfolgenabschätzung vorgelegt worden, die den Vorgaben gemäss Seco-Handbuch genügt. Es gibt aber auch positive Beispiele: So hat das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien in Zusammenarbeit mit dem Seco eine detaillierte Regulierungsfolgenabschätzung zum neuen Lebensmittelgesetz vorgelegt. Darin werden die Kosten der neuen Regulierungsvorlage aufgezeigt, beziffert und dem erwarteten Nutzen gegenübergestellt. Genau das wird übrigens in Deutschland seit einigen Jahren für jedes neue Gesetz gemacht.

Diese Beispiele zeigen: Es ist möglich, die Kosten einer Vorlage zu beziffern und somit abzuschätzen, ob diese auch tatsächlich verhältnismässig sind. Bemerkenswert ist zudem, dass auch in der EU ein Umdenken stattfindet. Während wir

versuchen, die EU-Vorgaben im Finanzbereich möglichst genau umzusetzen, überprüft eben diese EU ihre bestehende Finanzregulierung mit Blick auf unbeabsichtigte Wechselwirkungen, die Effektivität der Regulierungen und der Verhältnismässigkeit.

Daraus gilt es Lehren zu ziehen. Die existierenden Vorgaben zur Bedarfsanalyse und zur Regulierungsfolgenabschätzung müssen, ich habe es gesagt, die notwendige gesetzliche Verbindlichkeit erhalten, damit sie auch wirklich konsequent umgesetzt werden. Wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme richtig schreibt, bestehen bereits heute gesetzliche Grundlagen. Diese sind aber zu wenig konkret und zu wenig griffig, damit die an sich guten Empfehlungen des erwähnten WBF-Handbuchs auch konsequent umgesetzt werden. Nötig ist insofern keine «neue gesetzliche Grundlage», wie der Bundesrat meiner Motion unterstellt, sondern vielmehr eine verbindliche Konkretisierung und Präzisierung der bestehenden Grundlagen.

Darüber hinaus verlangt die Motion, ich habe es gesagt, die Schaffung einer politisch und wirtschaftlich unabhängigen Prüfstelle, welche die Einhaltung der Vorgaben durch die jeweiligen Bundesämter kontrolliert. Nur so können die erwähnten Interessenkonflikte überwunden werden. Solche Prüfstellen sind im Ausland bereits etabliert, ich erinnere an Deutschland, die Niederlande oder Schweden. Das vom Bundesrat erwähnte KMU-Forum ist zweifellos wichtig, es kann aber eine solche Prüfstelle nicht ersetzen.

Um es klar zu sagen: Es soll hier kein neues und teures Bürokratiemonster geschaffen werden, sondern eine schlanke und effiziente Prüfstelle, die durch ihre Arbeit unnötige Bürokratie und damit verbundene Regulierungskosten verhindert.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Sie wollen die Bürokratie mit mehr Bürokratie bekämpfen. Können Sie mir sagen, wie viel eine solche Prüfstelle kostet und wie viel Personal Sie dafür rechnen, in Anbetracht dessen, dass Sie die gesamtschweizerische Gesetzgebung durchforsten lassen wollen?

Vogler Karl (CE, OW): Vielen Dank für die Frage. Ich habe bereits gesagt, dass diese Stelle entsprechend schlank und einfach ausgestaltet werden muss, und die entsprechenden Erfahrungen in anderen Ländern zeigen eben, dass man das auch tatsächlich erreichen kann.

Caroni Andrea (RL, AR): Mit dieser Motion möchte die FDP-Fraktion ihren Beitrag leisten, um die Kosten der Regulierung in diesem Land einzudämmen. Die Regulierungswut, das wurde heute schon mehrfach gesagt, hat gemäss verschiedenen Indikatoren zugemessen; man betrachte den explodierenden Umfang der Systematischen Rechtssammlung oder auch den Weltbank-Indikator «Ease of doing business». Sie bedroht eine stark vom Außenhandel abhängige Volkswirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit und uns im Inland in unserem Wachstumspotenzial. Wir sind froh, dass der Bundesrat in seiner Antwort zur Motion zumindest einmal diese grundsätzliche Sorge teilt.

Konkret schlagen wir zwei Massnahmen vor, die eine gewisse inhaltliche Verwandtschaft mit denen haben, die Kollege Vogler zuvor präsentiert hat:

1. Die einmaligen und wiederkehrenden Kosten gemäss Regulierungsfolgenabschätzung sollen in einem einheitlichen Verfahren berechnet werden und in den Botschaften auch standardisierter dargestellt werden, sodass man klarer sieht, was wie viel kostet. Wie der Bundesrat nun in seinem vor ziemlich genau drei Wochen erschienenen Bericht «Administrative Entlastung» schreibt, ist der Handlungsspielraum bei der Anwendung dieser Regulierungsfolgenabschätzung dermassen gross und sind die Ziele dermassen bunt und vielfältig geworden, dass das hier interessierende Ziel der administrativen Entlastung «unbefriedigend» verfolgt werden kann. Positive Ausnahmen, wie die eben von Kollege Vogler auch erwähnte Studie des Büros Bass im Falle der Lebensmittelverordnung, zeigen auf, was eben bei einer systematischen Anwendung möglich wäre.

Zu unserer Freude anerkennt der Bundesrat in seiner Antwort zur Motion an sich diesen Punkt und schreibt, er sei bereit, Wege für eine einheitlichere Berechnung und Darstellung der Kosten zu prüfen. Konsequenterweise aber sollte er aus unserer Sicht dann diesen Punkt der Motion zumindest auch zur Annahme empfehlen oder uns zumindest erklären, wie er diese Wege beschreiten will.

2. Wir verlangen, dass der Bundesrat diese Regulierungsfolgenabschätzung künftig eben von einer unabhängigen Stelle auf ihre Richtigkeit und Qualität überprüfen lässt. Das grosse Problem dieser Regulierungsfolgenabschätzung, wie zuvor erwähnt, ist ihr inhärenter Interessenkonflikt. Der Regulator prüft sein eigenes Werk, wenn auch unter Anleitung des Seco. Das ist, wie wenn wir bei unseren eigenen Vorschlägen dann noch darüber Bericht erstatten würden, ob sich die Bürokratie, die sie auslösen, noch im Rahmen hält. Der Bundesrat sagt nun an sich zu Recht, dieser Vorschlag würde institutionell einige Fragen aufwerfen. Das stimmt; man müsste festlegen, wer das Gremium bildet und wie oft es prüfen soll. Aber diese Fragen, geschätzter Herr Bundesrat, liessen sich auch beantworten. Einige Vorschläge für das Gremium wurden in der Motion bereits gemacht. Kollege Vogler hat zu Recht auch auf ausländische Erfahrungen verwiesen. Zum Rhythmus: Da könnte man sich z. B. vorstellen – auch um die Sorge von Kollegin Leutenegger Oberholzer bezüglich ausufernder Kosten aufzunehmen –, dass man es auf die wichtigsten Vorlagen fokussiert, es zumindest dort anwendet, wo heute die zwei bis drei vertieften Regulierungsfolgenabschätzungen pro Jahr stattfinden.

Leider verlässt den Bundesrat dann aber der Mut, und er versteckt sich hinter weiterem Abklärungsbedarf. Dabei schreibt er im erwähnten Bericht von vor drei Wochen zur administrativen Entlastung selber: Die ungenügende Wirksamkeit der Regulierungsfolgenabschätzung sei «vor allem auf die schwache institutionelle Verankerung ... zurückzuführen» und es gebe – nochmals gemäss Bundesrat – «keine unabhängige Regulierungsaufsichtsbehörde, um die Beurteilung der Qualität der Regulierungsfolgenabschätzung vorzunehmen». Nur noch ein kleiner Hinweis zur Ratslinken: Im gestrigen «Tages-Anzeiger» kam Rudolf Strahm zum genau gleichen Schluss.

Doch zurück zum bundesrätlichen Bericht: Wie einst Sherlock Holmes wegen eines Hundes, der nicht bellte, einen Mord aufklären konnte, müssen wir nun in diesem Bericht des Bundesrates aufmerksam studieren, was nicht gesagt wird. Alle Kapitel in diesem Bericht zur administrativen Entlastung haben am Ende eine Liste neuer Massnahmen, nur nicht jenes Kapitel zur Regulierungsfolgenabschätzung. Der Bundesrat zeigt also entgegen seiner Stellungnahme zur Motion wenig Lust – so schliesse ich mit Doktor Watson –, hier dann auch wirklich anzupacken. Aber dafür gibt es ja uns, das Parlament, um ihn hiermit zu beauftragen.

Ich bitte Sie also, diese Motion anzunehmen.

Schelbert Louis (G, LU): Das waren ja jetzt viele grosse, starke Worte von Kollege Caroni. Aber seine Partei hat es nicht einmal fertiggebracht, ausreichend Unterschriften für eine Volksinitiative zu diesem Thema zu sammeln und diese dann gültig einzureichen.

Ich spreche jetzt zur Motion 15.3180, «Frankenstärke. Aufstockung der KTI-Kredite». Mit der vorliegenden Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, dem Parlament eine weitere markante Erhöhung der Kredite der KTI zu beantragen, wenn möglich via Nachtragskredite bereits per 2015 und insbesondere per 2016 und die Folgejahre.

Der zu hohe Frankenkurs fordert diverse Branchen der Schweizer Wirtschaft enorm heraus. Zu den Hauptbetroffenen gehört die Industrie, namentlich die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Sie ist sehr unter Druck. Viele Investitionen werden zurückgestellt, und wenn überhaupt noch investiert wird, dann vor allem im Euroraum, um der Frankenstärke besser begegnen zu können. Manchen Betrieben droht das Aus. Ohne wirkungsvolle Gegenmassnahmen droht eine Deindustrialisierung der Schweiz. Die wichtigsten Gegenmassnahmen liegen in der Hand der Schweizeri-

schen Nationalbank, denn die Probleme sind vor allem währungspolitischer Natur und müssen primär über solche Massnahmen gelöst werden; dies mit dem Ziel, wieder faire geldpolitische Verhältnisse ohne übertriebene Frankenstärke herzustellen.

In der heutigen Lage macht es aber zudem Sinn, die Unternehmen in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Die Motion ist ein sinnvolles Instrument dafür. Eine hohe Innovationsfähigkeit ist für den langfristigen Erfolg entscheidend. Das gilt namentlich für die stark exportorientierte MEM-Industrie. Ein wichtiger Hebel der Innovationsförderung ist die Kommission für Innovation und Technologie (KTI). Diese KTI ist ein wichtiger Innovationsmotor, sie ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Forschung und Wirtschaft und leistet zum Wissens- und Technologietransfer einen wichtigen Beitrag. Sie arbeitet im Auftrag des Bundes insbesondere für die Förderung wissenschaftsbasierter Innovationen mittels finanzieller Beiträge und mittels Beratungen. Sie ist in der Wirtschaft hoch respektiert.

Die KTI wurde schon 2011 eingesetzt, um zu erreichen, dass die Unternehmen bei ihren Forschungsvorhaben dranbleiben, und um zu erreichen, dass exportorientierte Unternehmen ihre Innovationsvorhaben rasch auf den Markt bringen können. Die Evaluation der Massnahmen zeigt ein günstiges Bild. Von daher liegt es nahe, in der aktuellen Situation erneut dieses Instrument einzusetzen.

Klar ist, dass aus den Erfahrungen von 2011 gelernt werden und auf diesen Erkenntnissen aufgebaut werden muss. Die in der Stellungnahme des Bundesrates angeführte Kritik, dass damals Mitnahmeeffekte festgestellt wurden, fußt auf der Tatsache, dass manche der eingereichten Projekte schon weit fortgeschritten waren. Das wiederholt sich mit der Annahme der vorliegenden Motion nicht. Auch der zweite Kritikpunkt, dass die Sondermassnahmen sehr kurzfristig umgesetzt werden mussten, wird mit der Motion aufgefangen. Sie beachtet die zeitlichen Umstände und verlangt eine Verstetigung auf höherem Niveau.

Was das Jahr 2015 angeht, will der Bundesrat das Anliegen der Motion erfüllen. Er hat entschieden, dem Parlament einen Nachtragskredit von 20 Millionen Franken zu beantragen. Aufgrund der Frankenstärke hat der Bundesrat eine Sondermassnahme beschlossen: Die KTI soll exportorientierten KMU in Innovationsprojekten deren Cash-Beitrag erlassen. In der Praxis bewährt sich die Aktion, sie stösst auf grosse Nachfrage. Die finanziellen Mittel sollen im Bildungs- und Forschungsbereich kompensiert werden.

Die Frage ist, ob dieser einmalig in Aussicht genommene Kredit genügt. Nach meinem Dafürhalten genügt er nicht, weil die Probleme, die sich der Industrie jetzt stellen, in der nächsten Zeit, in den nächsten Jahren nicht verschwinden werden. Die Frankenstärke bleibt erhalten und damit die ernsthafte Bedrohung des Werkplatzes und Industriestandorts Schweiz. Ihn gilt es zu erhalten, ihn gilt es zu stützen.

Zu den Erkenntnissen von 2011 gehört, dass die Unternehmen auf eine gewisse Vorbereitungszeit angewiesen sind. Innovation lässt sich mit einem Hüst-und-Hott-Verfahren nicht gewährleisten. Wird die Motion angenommen, können die Unternehmen planen.

Als Seiteneffekt resultieren aus einer Stärkung der Innovation hervorragend ausgebildete und in der Praxis herausgeforderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Massnahme unterstützt die Bestrebungen des Bundesrates im Bereich der Fachkräfte-Initiative. Diese lebt letztlich nicht von Aufrufen, sondern von Handfestem wie Krediten und verbindlichen Bestimmungen.

Die Annahme der Motion ebnet den Weg zu Handfestem, Verbindlichem und Nütlichem. Bitte nehmen Sie die Motion an.

Caroni Andrea (RL, AR): Geschätzter Kollege Schelbert, Sie haben sich vorhin etwas über unsere aufrichtigen Bemühungen, die Bürokratie im Lande einzudämmen, lustig gemacht. Nun, unsere Fraktion hat beschlossen, Ihre hier präsentierte Motion zur Stärkung der Forschung zu unterstützen. Dürfen



wir bei unserer eben präsentierte Motion zur bürokratischen Entlastung auch auf Ihre Unterstützung zählen?

Schelbert Louis (G, LU): Es sind mehrere Motionen, die sich mit dem bürokratischen Aufwand befassen. (*Zwischenruf Caroni: Die Motion, die ich eben präsentierte habe.*) Wir haben da eine differenzierte Haltung; Sie werden sie sehen können, wenn die Fraktion darüber abstimmt. Aber es ist klar, dass die Frage der administrativen Entlastung eine Daueraufgabe ist, und ich habe in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben die Überzeugung gewinnen können, dass der Bundesrat und das Parlament diese Daueraufgabe auch ernst nehmen.

Grunder Hans (BD, BE): Die Motion, zu der ich hier spreche, hat den Titel «Verordnungsexpllosion stoppen und Verordnungen abbauen». Die BDP-Fraktion sieht die Ursache für den hohen administrativen Aufwand zu einem grossen Teil in der Vielzahl an Verordnungen, Weisungen und Richtlinien. Die Folgen bei Unternehmen und auch in der Verwaltung sind Kostensteigerungen und Effizienzverluste, die der Schweizer Wirtschaft schaden und die Staatsausgaben in die Höhe schnellen lassen.

Es ist mir bewusst, dass sich auch das Parlament disziplinieren muss, wie das auch von der Fraktionschefin der CVP gesagt worden ist. Doch die Wirtschaft ist täglich gezwungen – jetzt spreche ich als Unternehmer –, die Prozesse zu hinterfragen und zu optimieren, weil man ansonsten schon lange von der Bildfläche verschwunden wäre. Genau diese Hausaufgabe hat die Verwaltung bis heute nicht oder nur mangelhaft gemacht. Ich illustriere das an einem Beispiel: Kürzlich haben wir, das Parlament, im Raumplanungsgesetz zwei neue Artikel beschlossen. Die Verwaltung hat daraus 17 Artikel in der Verordnung gemacht; zu dieser Verordnung gibt es einen erläuternden Bericht von fast hundert Seiten. Das ist die Ebene Bund; das geht dann zu den 26 Kantonen, wo der Zauber weitergeht. Das sind schon fast griechische Zustände. Wir müssen hier jetzt wirklich radikal die Verwaltung disziplinieren; diese Aufgabe muss hinterfragt werden.

In unserer Motion geben wir dem Bundesrat zwei Jahre Zeit. Uns ist bewusst, dass das ein grosses Unterfangen und ein Prozess ist. Ich bin überzeugt, dass der Bundesrat das auch möchte. Doch er muss die Verwaltung dazu bringen, dass sie das auch macht.

Alt Bundesrat Schmid hat einmal gesagt: «Ja, weisst du, wenn ich hier etwas zu bewegen versuche, dann bewegen sich in der Verwaltung die Baumwipfel, während sich der Stamm keinen Millimeter bewegt.» Das steht bildlich für das, was hier abgeht. Wir sehen es ja auch im Personalbereich: Der Personalbestand nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die Wirtschaft hat in diesem Bereich, wo die wertschöpfenden Arbeitsplätze sind, einen Negativsaldo. Die Verwaltung hatte in den letzten Jahren einen massiven Positivsaldo. Das zeigt eigentlich die Problematik auf.

Deshalb würde es uns schon sehr freuen, wenn die Motion angenommen würde und der Bundesrat hier vor allem vom Parlament Rückenstärkung erhalten würde, um diese Verordnungen und Richtlinien usw. zu durchkämmen und zu reduzieren. Ich bin überzeugt, das würde der Wirtschaft, aber eben auch der Verwaltung sehr viel Effizienzsteigerung bringen. In der Wirtschaft sind wir immer dran, um 2 Prozent, um 3 Prozent zu optimieren, und das habe ich bis jetzt bei der Verwaltung überhaupt nicht gespürt.

Deshalb zum Schluss noch zu einer etwas erstaunlichen Feststellung: Der Sprecher der grünliberalen Fraktion spricht hier von Schaumschlägerei. Im Namen seiner Partei steht das Wort «liberal». Ich habe dieses Votum überhaupt nicht verstanden. Die Lage ist ernst. Ich werde dann als Fraktions-sprecher noch einmal zur Wirtschaft reden.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Einfach mal zu den Grundlagen, die wirtschaftspolitisch zu beurteilen sind: Der starke Franken, die Freigabe des Mindestkurses vom 15. Januar 2015 führt mittel- und längerfristig zu einer massiven Gefährdung des Standortes Schweiz. In der Folge sind

Arbeitsplätze gefährdet, sie werden verlagert, und das trifft vor allem die schwächsten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zu den schwächsten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gehören heute die Frauen und Männer über 55 – ja, bereits ab 50 Jahren ist deren Beschäftigungssituation prekär. Immer häufiger und immer kurzfristiger werden Personen aus dieser Altersgruppe auf die Strasse gestellt und enden dann in der Langzeitarbeitslosigkeit, da sie kaum mehr eine neue Stelle finden. Das schlägt sich auch in der Statistik nieder: In den letzten zehn Jahren hat sich die Arbeitslosigkeit von Erwerbstätigen im Alter von 55 bis 65 Jahren verdoppelt. Das Tragische daran ist: Es betrifft auch gerade die Personen, die am längsten arbeitslos sind. Die Folgen für deren Altersvorsorge usw. muss ich Ihnen nicht erläutern, die liegen auf der Hand.

Die Frage der Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist eine Grossbaustelle, Herr Bundesrat Schneider-Ammann. Es ist Ihnen bis jetzt nicht gelungen, aus all den Berichten, die vorgelegt wurden, konkrete Massnahmen abzuleiten. Auch der runde Tisch hat keine konkreten Resultate gezeigt.

Umso enttäuschter bin ich, dass der Bundesrat beantragt, meine Motion abzulehnen. Es ist nicht die Liebe zu Regulierungen, wegen der wir Ihnen diese Motion vorschlagen, sondern die Tatsache, dass wir in der Wirtschaft einen gravierenden Kulturwandel feststellen. Früher war es eine unbestrittene Anstandsregel, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über 55 nicht mehr gekündigt wird, außer sie hätten gravierendste Verstösse begangen. Dieser Kulturwandel trifft Frauen und Männer, die über Jahrzehnte unseren Wohlstand geschaffen haben, die die Sozialversicherung gestärkt haben und die dafür gesorgt haben, dass es uns heute so gut geht, wie es uns eben geht. Ausgerechnet sie werden aufs Abstellgleis gestellt. Sie bezahlen damit auch mehrfach für die aktuell verfehlte Währungspolitik.

Es wurde ein Tabu gebrochen, das Tabu, wonach man ältere, altdiente Lohnabhängige nicht auf die Strasse stellt, wonach man Fürsorgepflichten wahrnimmt, wonach man dem Umstand Rechnung trägt, dass sie der Unternehmung treu gedient und ihr Wissen der Unternehmung zur Verfügung gestellt haben. Dieses ungeschriebene Gesetz gilt nicht mehr, und wenn die Anstandsregeln eben nicht mehr gelten, braucht es geschriebene Regeln. Das hat auch der Entscheid des Bundesgerichtes vom letzten Herbst gezeigt, der nur das festgehalten hat, was in der Wirtschaft eben praktisch nicht mehr gilt.

Das Arbeitsrecht in der Schweiz ist sehr liberal, das wird ja immer wieder gerühmt. Es ist liberal und hat als liberales Recht funktioniert, weil daneben ungeschriebene Regeln galten, wie zum Beispiel eben, dass man ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht auf die Strasse stellt, dass man sie nicht einfach aus Effizienzgründen gegen jüngere auswechselt, dass man sie nicht in die Langzeitarbeitslosigkeit entlässt. Diese Anstandsregeln gelten heute leider nicht mehr.

Deshalb ersuche ich Sie mit meiner Motion, dass die Regeln, die früher ungeschriebenes Gesetz waren, gesetzlich verankert werden, dass die Fürsorgepflicht der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ins Gesetz geschrieben wird. Das ist nicht mehr als das, was wir früher hatten. Es geht nicht um zusätzliche Regulierungen, sondern um den Schutz der Schwächsten in unserer Gesellschaft. Ich bin überzeugt, dass Sie schlussendlich auch den Staat damit entlasten – nämlich die Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfe –, weil viele der Betroffenen im Alter von Armut betroffen sind. Ich danke Ihnen auch im Namen von Tausenden von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, dass Sie dafür sorgen, dass die Betroffenen im Arbeitsrecht besser geschützt werden.

Herzog Verena (V, TG): Geschätzte Kollegin Leutenegger Oberholzer, Sie haben jetzt auf den Anstand hingewiesen und auf die Problematik, dass über 50-Jährige nicht einfach auf die Strasse gestellt und durch günstigere oder eben halt vielleicht auch durch ausländische Arbeitskräfte ersetzt wer-

den sollten. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass die Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung», die von Volk und Ständen angenommen worden ist und die genau diesen Inländervorrang beinhaltet, endlich umgesetzt werden müsste?

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Wissen Sie, Frau Herzog, diese Volksinitiative beantwortet und löst überhaupt keines der Probleme der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Da braucht es klare gesetzliche Regelungen, z. B. einen stärkeren Kündigungsschutz, das greift sofort. Es braucht z. B. auch Überlegungen, ob wir nicht einen Fonds für Unternehmungen schaffen, die Leute weiterbeschäftigen, wie wir es z. B. bei den Lehrlingen bereits kennen; es braucht Weiterbildungsmassnahmen. Wissen Sie, Ihre Initiative schadet der Wirtschaft, den Arbeitsplätzen, und das schadet wiederum den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Ich bitte Sie deshalb: Wenn Sie etwas tun wollen – konkret tun und nicht einfach Ideologie verbreiten –, dann unterstützen Sie bitte meine Motion, Frau Herzog.

Pardini Corrado (S, BE): Eigentlich sind wir uns in der Schweiz alle einig, die Politik und die Medien, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, die Ökonomen, der Bundesrat, die UBS und sogar die Schweizerische Nationalbank. Das ist selten genug. Niemand bestreitet, dass der Franken heute brandgefährlich überbewertet ist. Nun sollte man meinen, dass, wenn wir schon einig sind, auch die Lösung auf der Hand liegt. Wir sind die höchste gewählte Versammlung in diesem Land und könnten gemeinsam sagen, dass bei dieser Problemstellung ganz einfach der Franken geschwächt werden muss. Dies würden alle Parlamente und alle Zentralbanken der Welt in einer solchen Lage tun. Die eigene Währung soll uns nützen und nicht schaden.

Nur gibt es da ein Problem: Als Moses vom Berg Sinai herabstieg, die beiden Gesetzestafeln in der Hand, und er das Goldene Kalb vorfand, soll er unterwegs eine Tafel verloren haben. Das jedenfalls behaupten die Anhänger des Goldenen Kalbs. Auf der Tafel stand, man hörte und staune: «Finanzmärkte kehren früher oder später automatisch zum Gleichgewicht zurück.» Übersetzt: Der Franken kommt von selber herunter, früher oder später. Auf der Tafel soll auch das zwölfe Gebot gestanden haben: «Die Nationalbank ist unabhängig.» Ich zweifle etwas am rechten Glauben. Selbst wenn ich glauben wollte, würde mir ein Wort Sorgen bereiten: das Wort «später». Später ist zu spät, denn dann ist der Schaden schon angerichtet: der Schaden am Werkplatz, der Schaden an Tausenden von Arbeitsplätzen, der Schaden an den KMU, der Schaden an den Existenzgrundlagen von vielen Schweizerinnen und Schweizern, vor allem von jenen, die über 50 Jahre alt und dadurch überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind, aber auch der Schaden an den Hoffnungen und Chancen unserer Jugend. Kollegin Leutenegger Oberholzer hat mit ihrer Motion vorhin auf das Problem der Beschäftigten, die über 50 Jahre alt sind, hingewiesen.

Uns von der Sozialdemokratischen Partei gefällt nicht, wenn die Nationalbank sagt, sie hätte ja auch gerne einen schwächeren Franken, aber die Devisenspekulanter wollten das nicht. Der gemästete Franken ist ein Wohlstandskiller. Wir brauchen Jobs, wir brauchen Industrie, und wir können das. Im Nationalbankgesetz steht als erster Satz von Artikel 5: «Die Nationalbank führt die Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes.» «Gesamtinteresse» heisst es, es steht nicht «im Interesse des Finanzplatzes». Es steht auch nicht, dass die Nationalbank einen toxischen Cocktail mixen soll.

Die Frage, die wir heute beantworten müssen, heisst also: Was können wir gemeinsam für das Gesamtinteresse des Landes tun? Dafür sind wir gewählt und werden hoffentlich in ein paar Wochen wiedergewählt. Ich glaube, dass wir alle die Antwort schon kennen. Lassen wir das zwölfe Gebot ruhig stehen. Niemand will die Unabhängigkeit der Nationalbank angreifen. Wir haben keine Lust, darüber zu debattieren, welche Swaps die Nationalbank tätigen soll, ob sie VW-

Aktien kaufen oder den Leitzins um einen Zweiunddreissigstel senken soll. Unsere Aufgabe aber ist es, der Nationalbank zu sagen, dass es das Gesamtinteresse des Landes erfordert, dass wir zu einem fairen Wechselkurs zum Euro und zum Dollar zurückkehren, dass wir einen Mindestkurs anstreben, der deutlich über Fr. 1.20 zum Euro liegt.

Ich schlage Ihnen heute im Namen meiner Fraktion einfach vor, dass wir uns darauf einigen, was das Gesamtinteresse der Schweiz ist, nämlich schnell einen fairen Wechselkurs herzustellen. Wir sollten das tun, was unsere Aufgabe ist, d. h., gemeinsam das Nationalbankgesetz zu lesen und durchzusetzen. Wir sollten der Nationalbank sagen: Sie wahren heute das Gesamtinteresse der Schweiz nicht, erfüllen Sie Ihren Auftrag, liebe Herren der Nationalbank, schnell, in einem Jahr nützt ein schwächerer Franken nichts mehr.

Matter Thomas (V, ZH): Sie wollen einen schwachen Franken. Tatsache ist, dass der Franken, seit es ihn gibt, per saldo die stärkste Währung auf der Welt ist. Es ist kein Zufall, dass wir auch gerade deshalb ein sehr hohes internationales Vertrauen geniessen, weil wir eine starke Währung haben.

Meine Frage, Herr Kollege: Geben Sie mir ein Beispiel eines Landes mit einer langfristig schwachen Währung und gleichzeitig hohem Wohlstand.

Pardini Corrado (S, BE): Lieber Kollege Matter, wir brauchen eine Währung, die unserer Industrie einen fairen Wettbewerb ermöglicht. Dass Sie einem Irrglauben unterliegen, das sei nicht bestritten. Doch Sie wissen genau, dass alle Industrienationen so vorgehen: Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ein gutes Beispiel, da sorgt die Fed dafür, dass der US-Dollar zum Teil abgewertet wird, damit die amerikanische Industrie wettbewerbsfähig ist. Sie wissen, dass die Europäische Zentralbank dafür sorgt, dass mit der Abwertung des Euro Deutschland wieder brummt, die Konjunktur wieder anzieht. Sie wissen, dass die Schweizerische Nationalbank vor einigen Jahren intelligenterweise Fr. 1.20 als Mindestkurs gesetzt hat, damit unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig ist und damit die Deindustrialisierung eben nicht greift in diesem Land. Sie sollten wissen, dass die Schweiz Jahrzehntelang gegenüber der Deutschen Mark eine Untergrenze von 80 Rappen festgesetzt hatte. Vergessen Sie die Geschichte nicht. Lesen Sie! Orientieren Sie sich an den tatsächlichen Nationalbank-Interventionen, die weltweit gemacht werden, weil eine Nationalbank ihrem jeweiligen Land nützen muss und keinen Schaden zufügen darf.

Präsidentin (Markwalder Christa, erste Vizepräsidentin): Herr Pardini, ich möchte Ihnen kurz unser Geschäftsreglement in Erinnerung rufen. Es heisst in Artikel 42 zu den Zwischenfragen, dass es möglich ist, «eine kurze und präzise Zwischenfrage» zu stellen, aber «inhaltliche Ausführungen und eine Begründung nicht zulässig» sind. Für den Befragten gilt: «Die Rednerin oder der Redner beantwortet die Zwischenfrage sofort und knapp.» Wenn Ihnen Herr Portmann nun eine Frage stellt, bitte ich Sie, das Geschäftsreglement zu respektieren.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Ihr Rezept ist also, dass die Schweizerische Nationalbank unbegrenzt Fremdwährungen aufkaufen soll. Sie haben gesagt, dies sei im gesamtswissi-zerischen Interesse. Meine Frage: Liegt es tatsächlich im gesamtswissi-zerischen Interesse, wenn unser Volksvermögen mehrheitlich in Fremdwährungen angelegt ist, vor allem in Euro, obwohl wir wissen, dass man, wenn neben Griechenland noch ein zweites südeuropäisches Land gestrauchelt wäre, den Euro aufgeteilt hätte? Diese Pläne bestehen ja immer noch, das kann immer noch kommen. Dann hätten wir eine Entwertung des Euro um 50 Prozent. Ist das also wirklich im gesamtswissi-zerischen Interesse? Denn Ihre Lösung würde unser Volksvermögen dezimieren.

Pardini Corrado (S, BE): Schauen Sie, zum einen ist es die Aufgabe der Nationalbank, eine Währungspolitik zu machen,

die der Schweiz dient. Die Aufgabe der Nationalbank gemäss Nationalbankgesetz ist klar geregelt: Sie muss erstens für Preisstabilität sorgen, und sie muss zweitens die Konjunktur im Auge behalten. Die Nationalbank ist da, um genau dann einzuschreiten, wenn durch Fluchtgelder, die in die Schweiz geraten, unser Franken künstlich aufgepumpt, gemästet wird. Dort muss sie einen Riegel schieben. Unsere Währung ist überproportional aufgewertet, weil Gelder aus dem Ausland in die Schweiz gepumpt werden. Es ist nicht der Markt, der spielt. Es ist ein unfairer Wettbewerb, der entsteht, weil unsere Währung eben aus den Fugen geraten ist. Da muss die Nationalbank intervenieren. Sie hat die Instrumente dazu. Das ist ihre Aufgabe per Gesetz, lieber Kollege.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Geschätzter Kollege Pardini, können Sie bestätigen, dass z. B. Dänemark ein Land ist, das mit einer fixierten Währungspolitik, mit einer Anbindung der dänischen Krone an den Euro, eine hohe Stabilität für seine Wirtschaft generell, insbesondere für die Exportwirtschaft, aber auch für die Kaufkraft und den Wohlstand seiner Bevölkerung erreicht hat?

Pardini Corrado (S, BE): Gerne bestätige ich Ihre Aussage: Dänemark ist ein Land, das seine Währung an den Euro gebunden hat.

Amstutz Adrian (V, BE): Ich zeige Ihnen hier heute nicht wie Herr Pardini die Gesetzestafel von Moses, sondern ich zeige Ihnen hier heute das neue Monster der Lebensmittelverordnung. (*Zeigt ein dickes Aktenbündel*) Das neue Monster der Lebensmittelverordnung, 1864 Seiten, um die fünf Kilo schwer, elfeinhalb Zentimeter dick! Darin sollen sich Metzger, Lebensmittelhändler, Bäcker usw. zurechtfinden. Ein Monster, das unter dem Titel «Höhere Lebensmittelsicherheit» geschaffen wurde von Bürokraten, die tagtäglich nichts anderes zu tun haben, als ihre Bürokratie zu pflegen. Aber genau solcher Unsinn beschäftigt die Betriebe landauf, landab. Es sind unsere Betriebe, die leiden, die Tausende von Arbeitsstunden mit solchem Quatsch verbraten! Man verhindert vielleicht mit dieser «Burdi», mit dieser Verordnung, ein paar Durchfälle in diesem Land, aber man verursacht reihenweise Burnouts in diesen Betrieben.

Es wäre an der Zeit, Herr Bundesrat, dass Sie hier jetzt endlich einschreiten. Sie wissen, dass das ein Irrweg ist – Sie wissen es! Sie haben ja Studien darüber machen lassen. Sie wollen auch etwas tun, Sie haben das ja an mehreren Pressekonferenzen dargelegt. Tun Sie es endlich! Tun Sie es! Und zwar nicht optimieren, indem man etwas statt auf Papier auch elektronisch ausfüllen kann. Halbieren Sie diesen Blödsinn – halbieren, nicht optimieren! –, damit die Betriebe wieder das tun können, was sie machen müssen, um unsere Wirtschaft vorwärtszubringen.

Im Anschluss an die ganze «Kontrollitis» meldet mir ein Metzger schon heute – das wird dann zunehmen – fünf Lebensmittelkontrollen pro Jahr durch unterschiedliche Institutionen: die amtliche Lebensmittelkontrolle, das Audit des Grossverteilers, die Qualitätskontrolle des Schweizer Fleisch-Fachverbandes, die Kontrolle durch «Das Beste aus der Region» – natürlich hat der Naturpark auch noch ein bisschen «Kontrollitis» ausgelöst –, und schliesslich kommt noch das Lebensmittelhygiene-Inspektorat der Armee.

Was soll das alles? Herr Pardini, Moses hat Recht gehabt: Er hat das Ganze auf einer Tafel dargestellt, und die Wirkung war unwahrscheinlich viel grösser als die dieses Papierhaufens. Darum: Es muss sich ändern, Herr Bundesrat. So geht es nicht weiter. Warum muss es sich ändern? Weil die Wirtschaft langsam unter den Papierbergen erstickt.

Sie werden mir jetzt entgegnen, das sei eben übernommenes EU-Recht. Was soll der Bäcker Hostettler in Sigriswil, der nie einen Nussgipfel ausserhalb des Kantons Bern verkauft, mit EU-Recht anfangen? Warum muss die Firma Kambly das alles übernehmen, um in die EU zu exportieren, und wenn sie nach Brasilien, nach Amerika, nach Russland exportiert, kann sie das Recht des jeweiligen Landes anwenden, weil das so richtig ist? Oder wollen Sie in Zukunft,

bei der nächsten Revision, die «Burdi» noch höher wachsen lassen, weil Sie auch amerikanisches, russisches, brasilianisches und chinesisches Lebensmittelrecht hineinpacken wollen?

Es ist Zeit zu erwachen, es ist genug des Unsinn! Es ist eine Führungsaufgabe aller Bundesräte, hier Einhalt zu gebieten.

Birrer-Heimo Prisca (S, LU): Geschätzter Herr Kollege Amstutz, ich verstehe Ihren Unmut, wenn Sie diese Beige da zeigen, aber wäre es unter dem Titel des Täuschungsschutzes nicht korrekt, wenn Sie erwähnen würden, dass die Zahl der Verordnungen von 28 auf 27 reduziert worden ist, dass die Seitenzahl nicht ausgeweitet wurde und dass das hier die Erläuterungen sind, die zum Beispiel die Lebensmittelbranche benötigt, damit sie eben genau weiß, wie das EU-Recht, der Abbau von Handelshemmnissen, umgesetzt wird? Wissen Sie also, dass die Verordnungen reduziert wurden, dass die Seitenzahl nicht erhöht wurde und dass das hier Erläuterungen sind?

Amstutz Adrian (V, BE): Besten Dank, Frau Birrer-Heimo, für Ihre Frage. Sehen Sie, Frau Kollegin, das ist der Blödsinn der heutigen Verordnung, (*schichtet einen Papierstapel auf das Aktenbündel*) ausgedeutscht auf Beamtenstufe – hören Sie mir jetzt gut zu! –, auf Beamtenstufe. Dieser Berg hier ist aus einem Drittel dieses Blödsinns hier (*zeigt das Aktenbündel*) entstanden – aus einem Drittel entsteht das! Sie können ja die Rechnung selber machen, wo der Berg hinwächst.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Herr Amstutz, Sie kennen ja wie ich die Gesetzessammlung. Wissen Sie, was das hier ist? (*Zeigt mehrere rote Ordner*) Das sind Regulierungen – ich habe nicht einmal alle Ordner mitgenommen, weil ich nicht mehr tragen konnte –, die nur das VBS und die Landwirtschaft betreffen. Hier sind Aussenhandelsbestimmungen, die unsere Gastwirte und unsere Hoteliers massiv belasten. Sind Sie mit mir bereit – Sie haben «halbieren, halbieren» gesagt –, hier zu beginnen?

Amstutz Adrian (V, BE): Ja, ich bin bereit, das zu dritteln.

Fischer Roland (GL, LU): Ich sage es gleich vorweg: Die grünliberale Fraktion wird alle in dieser Debatte traktandierten Vorstöße ablehnen. Ich kann in der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit nicht auf sämtliche Vorstöße eingehen, aber wir sind grundsätzlich der Überzeugung, dass sich Regulierung nicht durch neue Kontrollen, neue Berichte und neue Massnahmen reduzieren lässt. Sie führen nur zu zusätzlicher Bürokratie. Deswegen sollten wir auf die Annahme dieser Vorstöße verzichten.

Was die Gesetzesflut und die Verordnungen betrifft: Gefordert ist letztendlich der Bundesrat. Da möchte ich schon an die Parteien appellieren, insbesondere an die bürgerlichen Parteien CVP, BDP und FDP und auch an die SVP, die im Bundesrat ja seit Urzeiten eine satte Mehrheit haben. Sie hätten es ja schon seit Langem in der Hand gehabt, in der Bundesverwaltung für weniger Bürokratie zu sorgen, die Verordnungen durchzukämmen und die Regulierung substantiell zu reduzieren. Ihre Bundesräte hätten es in der Hand, sie könnten das beschliessen, im Gesamtbundesrat oder zumindest in ihrem Departement. Da stellt sich für mich schon die Frage: Wieso haben sie das nicht längst getan? Weshalb gehen Sie nicht zu Ihren Vertretern in der Landesregierung und sagen ihnen, dass sie die Bürokratie nun endlich reduzieren sollen?

Nun komme ich zur Wirtschaft: Man darf die Lage sicher nicht unterschätzen. Für zahlreiche Unternehmen ist die gegenwärtige Schwäche des Euro eine grosse Herausforderung und nur mit einem Kraftakt zu bewältigen. Wir müssen den Hut ziehen und Respekt vor all den Unternehmen und Arbeitskräften haben, die mit grossem Einsatz versuchen, die Wertschöpfung in unserem Land zu halten. Es gibt Unternehmen, die Probleme haben, aber es gibt auch zahlreiche Firmen, die mit der gegenwärtigen Währungssituation



gut zurechtkommen, und dann gibt es sogar noch solche, die profitieren.

Die Schweiz hat sich vor langer Zeit dafür entschieden, eine eigenständige und unabhängige Geldpolitik mit flexiblen Wechselkursen zu betreiben. Das wichtigste Ziel ist die Preisstabilität. Mit diesem Rezept sind die Schweiz und die Schweizer Geldpolitik in der Vergangenheit sehr gut gefahren.

Die eigenständige Geldpolitik hat aber auch ihren Preis. Wir müssen Wechselkursveränderungen in Kauf nehmen. Es ist ein Risiko, mit dem wir Konsumenten, aber auch die Unternehmen leben müssen. Diese tun das in der Regel ja gut, und man kann dieses Risiko bis zu einem gewissen Grad auch absichern. Man kann letztendlich nicht jedes Mal, wenn es Turbulenzen auf den Finanzmärkten gibt, mit irgendwelchen neuen Hauruck-Massnahmen aufwarten, die – das wissen wir von vergangenen Konjunkturprogrammen – dann doch nicht das bringen, was sie versprochen haben, und sogar noch zu bürokratischen Mehrbelastungen führen. Es gäbe ja letztendlich nur zwei Alternativen zu den flexiblen Wechselkursen, und das wäre die Anbindung an den Euro oder die Übernahme des Euro. Das würde dann aber die Aufgabe einer eigenständigen Geldpolitik bedeuten, und ich bin der festen Überzeugung, dass das nicht die richtige Lösung für die Schweiz wäre. Einen Mindestkurs aufrechtzuerhalten ist für eine Volkswirtschaft wie die Schweiz mit einer Währung, die international auch als Safe Haven gilt, nicht so einfach, wie es beispielsweise für Dänemark der Fall ist.

Nun, was können wir für unseren Wirtschaftsstandort tun? Wir müssen einfach langfristig denken. Die wichtigste Aufgabe, die wir nun mit höchster Priorität angehen müssen, ist die Klärung unseres Verhältnisses zur EU. Die bilateralen Verträge müssen weiterentwickelt und auf eine stabile Rechtsgrundlage gestellt werden, sodass wir für unsere Exportwirtschaft wieder Rechtssicherheit haben und den einfachen, diskriminierungsfreien Marktzugang sichern können. Dies ist für unsere Unternehmen und den Wirtschaftsstandort weitaus wichtiger als die nun zur Diskussion stehenden kurzfristigen Massnahmen.

Eine zweite Aufgabe ist es, dass wir unsere Altersvorsorge auf die Zukunft ausrichten, sodass auch hier Rechtssicherheit besteht und unsere Unternehmen nicht irgendwann – in zehn, zwanzig Jahren – mit nichtplanbaren hohen Belastungen konfrontiert sind.

Drittens müssen wir dafür sorgen, dass wir gutqualifizierte Arbeitskräfte haben, deren Potenzial wir ausschöpfen können, die arbeiten und zur Wertschöpfung in unserem Land beitragen. Auch hier müssen wir weiter denken und Massnahmen ergreifen. Wir dürfen nicht vergessen, dass in wenigen Jahren Arbeitsplätze frei werden, indem die Babyboomer-Generation in Rente geht, und dass wir diese Arbeitsplätze nicht mehr alleine mit Lehrlingen und ausgebildeten Kräften aus dem Inland besetzen können.

Das sind die grossen Herausforderungen für unsere Volkswirtschaft, die wir angehen müssen – und nicht einige Meldungen an das Bundesamt für Statistik.

*Die Beratung dieses Geschäfts wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

15.9001

Mitteilungen des Präsidenten Communications du président

Le président (Rossini Stéphane, président): J'ai le plaisir de saluer la présence, à la tribune diplomatique, de Monsieur Urban Ahlin, président du Parlement du Royaume de Suède. Monsieur Ahlin est notamment accompagné par les députés

Magnus Oscarsson, Johan Nissinen, Sanne Eriksson et Mattias Jonsson et par Son Excellence Magnus Hartog-Holm, ambassadeur du Royaume de Suède en Suisse.

J'ai eu le plaisir de m'entretenir avec la délégation suédoise ce matin. La délégation aura également des entretiens avec le président du Conseil des Etats, Monsieur Hêche, et rencontrera demain Monsieur le conseiller fédéral Johann Schneider-Ammann. Cet après-midi, la délégation effectuera une visite de l'Ecole polytechnique fédérale de Lausanne. Cette visite de réciprocité fait suite au voyage que Madame Bruderer Wyss, ancienne présidente du Conseil national, avait effectué en Suède avec une délégation parlementaire en mai 2010.

La Suisse et la Suède entretiennent d'excellentes relations. Cette année, l'ambassade de Suède fête le centième anniversaire de sa présence à Berne.

Nous souhaitons à Monsieur le président Ahlin et à sa délégation la plus cordiale bienvenue au Parlement ainsi qu'un séjour fructueux et agréable dans notre pays. (Applaudissements)

15.9007

Dringliche Interpellationen. Starker Franken und Reduzierung unnötiger Bürokratie Interpellations urgentes. Franc fort et réduction de la bureaucratie inutile

Fortsetzung – Suite

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

Nationalrat/Conseil national 23.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Glättli Balthasar (G, ZH): In dieser ganzen Debatte, bei der man jetzt versucht hat, sich mit Stapeln von Verordnungen zu übertreffen, schleckt keine Geiss weg, dass eben eigentlich die Probleme, die diesem Land durch die Währungspolitik entstehen, nur über die Währungspolitik gelöst werden könnten. Wir versuchen jetzt alle, hinterherzuflücken. Da gibt es verschiedene Vorschläge. Aber die Grundsatzfrage muss einleitend doch noch einmal ganz kurz ins Zentrum gestellt werden: Wäre es nicht richtig – so finden jedenfalls wir Grünen und haben das auch entsprechend verlangt –, wenn wir der Nationalbank zwar nicht ins Alltagsgeschäft dreinredeten, aber in ihrem Grundauftrag nicht nur die Preisstabilität, sondern eben auch einen vernünftigen Wechselkurs fest-schreiben würden? Es geht nicht darum, dass das Parlament dann Zentralbankpolitik macht. Aber es geht darum, dass wir das auch in den Auftrag der Nationalbank schreiben, was, glaube ich, durchaus über das rot-grüne Lager hinaus – das hören wir auch, wenn wir der Wirtschaft zuhören – ein Bedürfnis wäre: ein fairer, ein vernünftiger, ein realistischer Wechselkurs.

Im Zentrum steht für uns Grüne die reale Gefahr der Deindustrialisierung. In unserer Interpellation haben wir den Punkt in den Fokus gestellt, dass es nun nicht einfach nur darum geht, das Alte zu erhalten, sondern auch, das Neue richtig zu fördern, konkret: Industrie 4.0, sprich die Vermählung unseres Wissens, das wir in diesem Land im Bereich der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie haben, mit dem Wissen, das wir in unserem Land im Bereich der Informatik haben. Das führt zu einer Zukunft der Industrie, die eben die Kernkompetenzen unseres Landes vermaillt und so auch in Zukunft Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung, die auch in diesem Land bestehen können, schaffen kann. Da müssen wir gemeinsam vorwärtsziehen.

Nun als Erstes zu dieser Statistik, die aus meiner Sicht, aus Sicht der Grünen doch etwas ein Nebensauplatz ist: Ja



klar, es gibt einige Statistiken, die überflüssig sind. Umgekehrt wehrt sich dieses Parlament immer wieder dagegen, Daten zu erfassen, die für eine sinnvolle Politiksteuerung auch nötig sind. In dem Sinne kann es sein, dass es noch gewisse andere Statistiken braucht. Die Kuhnamen muss man nicht auch noch zentral erfassen. Es ist hingegen nicht eine Einsparung, sondern eine Dummheit, wenn man sich weigert, gewisse Grundsatzzahlen zu haben, wenn es beispielsweise um die Grundvoraussetzungen des Funktionierens oder Nichtfunktionierens unseres Immobilien- und Bodenmarktes geht – ich erinnere hier an Kollegin Badran. Blindflug zahlt sich nämlich in der Politik selten aus, ganz unabhängig davon, was man inhaltlich für eine Meinung hat. Zur Bürokratie muss ich sagen: Ja, beweisen Sie es doch, von Tag zu Tag, von Gesetz zu Gesetz! Es sind nicht die Linken und die Grünen, die die bürokratischen Monster geschaffen haben, die nun hier aufgetürmt waren, weder in der Regierung noch in der Parlamentsmehrheit – einfach, damit das noch einmal klar gesagt ist.

Zum Schluss noch etwas Wichtiges: Was mir und uns Grünen wirklich am Herzen liegt, ist dieser Vorstoss von Susanne Leutenegger Oberholzer, nicht weil Aberzehntausende betroffen sind, sondern weil der Respekt in der Wirtschaft notwendig ist. Wenn er eben nicht gelebt wird, dann müssen wir da auch politisch Druck aufsetzen, dass die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land respektiert werden und nicht einfach zum alten Eisen gehören, «ausgeschaut» werden. Das wäre eine Möglichkeit, in diesem Land wieder Vertrauen zu schaffen, wenn Politik, Wirtschaft und Bevölkerung gemeinsam für unser Gemeinwohl etwas erreichen können.

Büchel Roland Rino (V, SG): Kollege Glättli, Sie wollen fördern, das heisst auf Deutsch, Sie wollen, dass der Staat einmal mehr und noch stärker in die Wirtschaft eingreift. Ich komme aus dem St. Galler Rheintal, aus welchem pro Arbeitsplatz für 130 000 Franken exportiert wird. Das ist im Verhältnis dreimal mehr als im Rest der Schweiz. Diese Firmen sagen, sie wollten eben nicht gefördert werden, sie wollten nicht, dass der Staat eingreift. Die Resultate sprechen für sich. Können Sie das nachvollziehen und mir erklären, wie das bei uns funktioniert?

Glättli Balthasar (G, ZH): Niemand will dort fördern, wo die private Initiative solche Resultate ermöglicht; das wird man dort zuletzt tun. Aber was wir ins Zentrum stellen wollen, ist die Frage und unsere Überzeugung: Innovation im Grundlagenbereich funktioniert nicht einfach nur durch private Initiative; private Initiative kann aufbauen auf einem Sockel. Aber die Tatsache, dass zum Beispiel die Vereinigten Staaten in diesem Bereich mit führend sind, hat damit zu tun, dass die USA seit Jahrzehnten eine dezidierte Industriepolitik, eine Wissensgesellschaftspolitik machen und damit auch den Privaten gute Resultate ermöglichen, die darauf aufbauen können. Genau diese Politik, meine ich, sollen nicht nur die USA und die EU, sondern auch die Schweiz machen. Wir haben hier sogar bessere Voraussetzungen als viele der Vorgenannten.

Germanier Jean-René (RL, VS): L'abandon du taux plancher entre le franc suisse et l'euro met à rude épreuve l'économie suisse et les emplois dans notre pays. Le Parti libéral-radical en est très conscient et a, dès le mois de janvier, proposé des mesures pour faire face à ce défi que doivent relever nos entreprises.

L'expérience de la précédente surévaluation de notre monnaie doit nous apporter quelques informations quant à l'attitude à adopter pour y faire face. Ce n'est en tout cas pas un système de subventions à l'arrosoir qui pourra remédier à cette situation; nous nous y opposons. La gestion de la dette publique est d'ailleurs au centre de nos préoccupations et constitue un point important de la conjoncture. Il faut plutôt que notre économie se renforce à long terme, c'est pourquoi le Parti libéral-radical soutient avec conviction une amélioration des conditions-cadres qui permettent à nos entreprises

de se développer en vue d'un renforcement de notre place économique.

Le 26 février 2015 déjà, le Parti libéral-radical a organisé une journée de lutte contre la bureaucratie. Nous avons préconisé, avant tous, une analyse des coûts de la réglementation par un organe indépendant comme cela existe en Allemagne. Nous avons donc déposé au nom du groupe libéral-radical la motion 15.3445, «Réduction de la bureaucratie. Faire analyser les coûts de la réglementation par un organe indépendant». Nous soutiendrons également la motion Vogler 15.3400, «Eviter la bureaucratie inutile grâce à l'analyse efficace des besoins et à l'évaluation des conséquences de la réglementation», qui va dans le même sens. Nous devons inciter notre administration à mettre en oeuvre un véritable travail de réduction de la bureaucratie. Il existe beaucoup trop de tracasseries inutiles et coûteuses auxquelles sont soumises nos entreprises. Les contraintes administratives sont en constante augmentation. Il faut une action volontaire, politique, à tous les niveaux – Confédération, cantons et communes – pour inverser cette tendance.

Il convient d'unifier les normes de construction, de simplifier les relevés dans le domaine des assurances sociales et de développer la cyberadministration. Au niveau de la bureaucratie douanière, nous devons agir pour supprimer les entraves techniques au commerce, lutter contre l'îlot de cherté et simplifier les procédures douanières.

Le groupe libéral-radical et la Commission de l'économie et des redevances ont déposé plusieurs interventions qui vont dans ce sens. Les taxes auxquelles sont soumises les entreprises doivent être allégées et la troisième réforme de l'imposition des entreprises doit être mise en oeuvre dans le délai le plus court possible. En outre, le Parti libéral-radical s'oppose fermement à tout nouvel impôt. Un moratoire de cinq ans contre de nouveaux impôts serait pour lui un minimum à appliquer.

Au-delà du défi du franc fort, notre économie devra faire face à d'autres périls menaçant sa prospérité. La politique qui pousse à l'isolement de notre pays est un vrai danger pour nos emplois et notre économie. Nous devons maintenir nos accords bilatéraux; ce sont des acquis. La politique qui nous pousse à la rupture et à la renégociation avec l'Union européenne doit être combattue fermement. Cette politique, dans le contexte du franc fort, est irresponsable: non seulement on veut mettre à mal nos relations commerciales avec l'extérieur mais, en plus, on défend de nombreuses propositions qui visent à cloisonner notre marché.

La Suisse a besoin pour sa prospérité et ses emplois d'une économie libérale et non pas d'un marché cartellisé, voire de monopole, qui maintienne notre îlot de cherté au centre de l'Europe. Le groupe libéral-radical soutient le Conseil fédéral pour qu'il développe de nouveaux accords de libre-échange nécessaires à l'accès au marché de nos entreprises.

Il ne faut pas mettre de nouveaux bâtons dans les roues de l'économie. En comparaison internationale, les entreprises suisses sont exemplaires en termes d'impact sur l'environnement. Pas davantage de «Swiss finish» donc! Nous nous opposons aux projets néfastes à notre compétitivité.

Nous avons dit non à des augmentations du prix de l'énergie; nous avons dit non à l'initiative «pour une économie verte».

Un secteur d'économie d'exportation est vraiment touché, celui du tourisme. Une attention particulière doit être portée à ce secteur, qui n'est pas délocalisable et qui permet une activité importante, décentralisée, sur notre territoire. Ce secteur est composé de PME, qui devraient pouvoir bénéficier d'allègements bureaucratiques et fiscaux. Un encouragement au développement de l'infrastructure est nécessaire.

Le Parti libéral-radical respecte les institutions et reconnaît l'indépendance de la Banque nationale suisse. L'engagement de notre banque centrale durant plusieurs années a été bénéfique. Il faut qu'elle puisse rester libre de ses mouvements et, surtout, qu'elle maintienne un bilan qui lui permette d'agir raisonnablement, dans l'intérêt du pays, conformément à son mandat constitutionnel.

Notre économie s'est diversifiée et s'est ainsi renforcée ces dernières années. Elle est capable de s'orienter vers le marché et de s'adapter aux changements. Pour un pays pauvre en matières premières, c'est quelque chose de réjouissant et de déterminant. Pour cela nous devons particulièrement soutenir la formation, l'innovation et la recherche, qui sont les moteurs de notre succès économique.

Je conclurai en disant que notre modèle de réussite est lié à une économie libérale équilibrée, à une certaine liberté entrepreneuriale. Le Parti libéral-radical veut s'engager pour que ces conditions de succès soient maintenues. Nous nous engageons pour des lois sur le travail qui permettent de la flexibilité, pour que l'Etat joue son rôle mais ne soit pas un acteur du marché. Nous nous opposons aux propositions qui veulent plus de régulation et nous conduisent à une situation de concurrence impossible.

Schwaab Jean Christophe (S, VD): Monsieur Germanier, vous soutenez le principe du libre-échange, vous souhaitez notamment que la Suisse adhère au traité de libre-échange transatlantique. Savez-vous que ce traité coûtera à l'Europe 600 000 emplois?

Germanier Jean-René (RL, VS): Je n'ai pas cité de traité en particulier. J'ai parlé des accords de libre-échange en général, qui sont importants pour la Suisse. Comme vous le savez, la Suisse vit de ses exportations, de ses échanges internationaux. Au contraire du cloisonnement et du repli, nous avons besoin du libre-échange pour accéder aux marchés. Un emploi sur deux dépend de nos échanges avec l'étranger. Beaucoup d'entreprises suisses ont un rayonnement global; les possibilités commerciales sont immenses. Quant au traité que vous avez cité, nous pourrons en rediscuter.

Grunder Hans (BD, BE): Die BDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass heute hier diese Debatte wichtig war, und auch die Beschlüsse werden es sein, die wir jetzt dann fassen. Denn die Lage ist wirklich ernst. Ich denke manchmal, man will es noch nicht so recht wahrhaben. Die Zahlen, die Statistiken – die vielbeschworenen Statistiken – belegen ja immer noch einen einigermaßen guten Beschäftigungsgrad usw. Aber hinter den Kulissen, in den Unternehmungen draussen, werden Entscheide gefällt. Es werden Entscheide gefällt, dass half Arbeitsplätze zwangsläufig ins Ausland verlegt werden. Das geht schleichend. Das geht nicht mit lauten Tönen. Das wird einfach gemacht. Irgendwann geht es dann schnell, und dann ist es zu spät.

Deshalb – wir wissen ja, die Mühlen der Politik mahlen langsam – ist es hier wichtig, dass wir jetzt eben dem Bundesrat Aufträge geben, die zum allergrössten Teil sofort, direkt umgesetzt werden können. Der Bundesrat kann mit der Verwaltung sofort die Arbeiten aufnehmen. Das ist nötig. Sonst sind wir zu spät.

Deshalb kann ich Ihnen sagen, dass die BDP-Fraktion die Motions Giezendanner, Schibli, Vogler, die Motion der FDP-Liberalen Fraktion 15.3445, aber auch die Motion 15.3180 betreffend KTI – das ist ja die einzige, die eigentlich hier finanzielle Mittel fordert – unterstützt, und natürlich auch die Motion unserer Fraktion. Wer die nicht unterstützt, den verstehe ich eigentlich nicht. Die kostet am Anfang einen gewissen Aufwand der Verwaltung, löst dann aber einen Prozess aus, der sehr viel bringt. Es wurden mir gegenüber Bedenken geäussert, weil im letzten Satz noch drinsteht, dass das Parlament auch eine Vorlage für das Verordnungsveto machen könnte. Das ist nicht matchentscheidend. Aber alles andere, was in dieser Motion steht, ist wirklich dringend nötig. Wir haben es von verschiedenen Vorrednern gehört.

Ich bitte Sie, möglichst geschlossen zuzustimmen. Auch die Linke könnte sich da mal was überlegen, da sie immer wieder sagt, die Arbeitsplätze seien ihr wichtig. Ich glaube ihnen das auch. Dann müssen sie hier mithelfen.

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Ich bedanke mich für die Diskussion, sie war zweifellos wichtig. Sie hat für

mich insbesondere eines gezeigt. Wir haben eine gemeinsame Zielsetzung, und die heisst: Die Schweizer müssen beschäftigt bleiben, die Menschen in diesem Land sollen Perspektiven haben, und das hat etwas mit dem Job zu tun. Es gibt im Wesentlichen zwei Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen. Die erste Voraussetzung heisst Rechtssicherheit, und die zweite Voraussetzung heisst Kostenentlastung: Dann sind die Unternehmungen an diesem Standort interessiert. Das wurde auch gestern Abend deutlich, als ich zum letzten Mal in einem Unternehmerkreis in der Romandie unterwegs war. Es ist ganz klar, dass die Schweiz als Standort attraktiv ist, attraktiv bleiben kann, wenn es uns gelingt, die Rechtssicherheit zu wahren, also Klärungen vorzunehmen – bilaterale Verträge, um ein Beispiel zu nennen –, und wenn es uns gelingt, die Kosten, die den Unternehmungen auferlegt werden, im Griff zu halten und zu reduzieren. Dann bleiben die Firmen, dann wollen die Firmen hier sein, und dann gelingt es uns, die Vollbeschäftigung sicherzustellen. Unsere gemeinsame Zielsetzung ist also erreichbar.

Es wurde jetzt viel von schleichender Deindustrialisierung gesprochen. Ich bin auch der Meinung, dass das passiert. Ich warne davor, und ich habe meine liebe Mühe, das überall deutlich zu machen. Ich wünsche mir natürlich keine solche Situation, wie sie heute Morgen auch geschildert wurde, um deutlich machen zu können, dass etwas in Bewegung ist, was dann irreversibel sein könnte oder mit aller Wahrscheinlichkeit irreversibel sein wird. Deshalb müssen wir jetzt handeln, damit die Langzeitfolgen nicht unvorteilhaft sind. Wir sind ein Land, das Perspektiven bieten kann, und das sind wir, weil es uns bisher gelungen ist, den allermeisten in diesem Land eine Lehrstelle zu bieten, den allermeisten einen Job zu bieten. Noch einmal: Ich orientiere mich nur an dieser gemeinsamen Zielsetzung.

Lassen Sie mich zwei Worte zur aktuellen Situation verlieren. Wir sind nicht in einer Konjunkturkrise, aber wir haben ganz klare Bremseffekte, die spürbar sind. Wir haben ein erstes Halbjahr mit Nullwachstum hinter uns, also keine Rezession, aber eine Vollbremsung. Die negativen Effekte sind vor allem im Außenhandel und im Tourismus zu spüren, sage ich Ihnen gar nichts Neues. Wichtig ist für uns allerdings, dass die Konjunktur in den verschiedenen Hauptabnehmergebieten einigermaßen vernünftig unter Kontrolle bleibt. Ich bin natürlich froh, dass der Euroraum etwas stabilisiert ist, was die Konjunktur anbetrifft, und sogar ein modestes Wachstum aufweist. Das ist für unsere Exporteure ausserordentlich wichtig.

Die Firmen wehren sich, und ich habe allergrössten Respekt vor dem Kampf, der da geführt wird, dem Kampf um Arbeitsplätze. Sie wehren sich, aber sie verlieren Margen. Wenn man Margen opfern muss, damit man im Markt bestehen kann – das ist quasi der Normalfall geworden –, dann verliert man auf Dauer die Fähigkeit zur Investition in die Innovation. Und wenn die Fähigkeit, in die Innovation zu investieren, reduziert wird, dann sind die Langzeitfolgen nicht sehr vorteilhaft.

Zu den Aussichten: Das Seco hat vor wenigen Tagen die neuesten Prognosen abgegeben. Wir gehen davon aus, dass wir per Ende Jahr ein Wachstum von knapp 1 Prozent haben werden. Wir gehen auch davon aus, dass wir im Jahr 2016 ein Wachstum haben werden, und wir gehen davon aus, dass die Beschäftigungslosigkeit sich in ganz bescheidenem Umfang erhöhen wird und immer noch alles einigermaßen unter Kontrolle sein wird. Weil das so ist, ist es eben gefährlich, wenn wir nicht verstehen, dass wir jetzt handeln müssen, damit wir langfristig auf dieser guten Piste unterwegs bleiben.

Es gibt keinen Garanten für gute Rahmenbedingungen, das dürfen wir nicht in Anspruch nehmen. Garanten für gute Rahmenbedingungen gibt es vor allem dann keine, wenn sich die öffentliche Hand, wenn sich die Politik zu sehr in die privaten Angelegenheiten einmischen wollte. Das heisst mit anderen Worten – und das ist wiederum meine Überzeugung –: Ordnungspolitisch müssen wir mutig und korrekt bleiben; Vorschriften ja, wenn sie unbedingt nötig sind, aber nicht so viele wie möglich.



Die Unternehmerschaft muss den Freiraum nutzen können. Je mehr Freiraum die Unternehmerschaft hat, je flexibler sie sich auf die Märkte einstellen kann, desto grösser ist ihre Chance zu bestehen, und desto grösser ist die Möglichkeit, die Beschäftigung sicherzustellen.

Dann gibt es, das sage ich bei dieser Gelegenheit auch wieder einmal, eine Verantwortung, die natürlich auch der Unternehmerschaft zukommt: Die Unternehmerschaft hat mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern höchst vorsichtig umzugehen. Es geht nur miteinander, wenn man in den Märkten bestehen will.

Zum Stichwort Nationalbank: Die Nationalbank ist unabhängig. Die Nationalbank hat ihre Entscheidung am 15. Januar 2015 getroffen, mit der Zielsetzung, sich einen zusätzlichen Spielraum zu erarbeiten, um ihre Geldpolitik im Interesse der Gesamtwirtschaft unter Berücksichtigung der konjunkturellen Situation machen zu können. Die Nationalbank hat das bundesrätliche Vertrauen, und die Nationalbankpolitik wird vom Bundesrat grundsätzlich mitgetragen. Der Bundesrat nimmt gerne zur Kenntnis, dass die Nationalbank bemüht ist, die Wechselkursrelation zum Hauptabnehmer- und Hauptzulieferermarkt Europäische Union und damit zum Euro so zu stützen, dass die Reise in Richtung Kaufkraftparität geht.

Wenn ich in diesen Tagen gefragt werde, wie es mir geht, dann antworte ich normalerweise: Es geht mir 1.0986. Und wenn es mir 1.0986 geht, geht es mir schon ein Stück besser, als wenn es mir nur 1.0864 geht. Wir sind in einer Volatilität, aber wir sind relativ stabil, näher bei Fr. 1.10 als noch vor wenigen Wochen, als wir noch bei 1.345 waren. Die Reise ist selbstverständlich nicht abgeschlossen, die Kaufkraftparität ist deutlich über Fr. 1.20.

Welches sind die langfristigen Rahmenbedingungen, von denen ich überzeugt bin, dass wir sie im Auge behalten müssen? Das ist der flexible Arbeitsmarkt, das sind die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union. Das ist auch die unbürokratische, möglichst rasche Klärung von Artikel 121a, dessen Umsetzung mithilft, die bilateralen Verträge aufrechtzuerhalten. Das ist die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit – die Unternehmenssteuerreform III ist angeprochen.

Damit bin ich meinerseits bei der administrativen Entlastung. Sie haben es gesagt: Der Bundesrat hat am 2. September diesbezüglich einen neuerlichen Bericht mit 31 Massnahmen aufgelegt. Diese 31 Massnahmen werden jetzt mit Konsequenz an die Hand genommen. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. Die 31 Massnahmen haben das Potenzial, die Bürokratie zu reduzieren, die administrative Belastung der Firmen und insbesondere der KMU zu reduzieren. Aber man muss es wollen, und man muss es mit Konsequenz durchsetzen wollen.

Was die Berichte und damit die Massnahmen anbetrifft, die wir in den Jahren 2011 und 2013 angekündigt haben, will ich es hier und heute kurz machen: Wir sind der Meinung, dass wir in der Umsetzung auf Kurs sind. Ihre Vorstösse, Ihre sechs dringlichen Interpellationen und Ihre acht Motivationen, teile ich in fünf Themenbereiche auf: Deindustrialisierung, negative Folgen für den Arbeitsmarkt, administrative Entlastung, Geld- und Währungspolitik und Finanzpolitik. Zu jedem dieser fünf Bereiche ganz kurz ein paar Bemerkungen: Deindustrialisierung – ich habe es schon gesagt – darf nicht passieren. Wir merken nicht wirklich, dass etwas abgeht, vor allem, weil hier ein paar Stellen wegstrukturiert werden, dort ein paar Rationalisierungen stattfinden. Wenn es unter dem Radar, d. h. unter dem Interesse der Medien, passiert, nehmen wir nicht zur Kenntnis, dass es passiert, und stellen dann eines Tages fest, dass wir in diesem Land geblutet haben – ich benutze nicht das Wort ausgeblutet. Ich vergleiche meinerseits mit den Ländern, die, umliegend, Frankreich heissen, die England heissen, die etwas weiter weg USA heissen. Diese Länder haben sich deindustrialisieren lassen. Sie sind verzweifelt daran, wieder zu industrialisieren. Dass das quasi nicht möglich ist, erfahren diese grossen Nationen jetzt. Wir haben also Beispiele, die wir besser nicht

nachahmen wollen. Deshalb tun wir gut daran, wenn wir mit vereinten Kräften der Deindustrialisierung entgegenwirken. Seit 2009 hat dieses Land mindestens 44 000 gewerblich-industrielle Arbeitsplätze verloren. In der gleichen Zeit haben wir in diesem Land etwa 176 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, und diese neuen Arbeitsplätze bewegen sich im staatsnahen Bereich – Bildung, Gesundheit, Verwaltung. Das ist alles wichtig und bewusst gewollt. Ich mache bei dieser Gelegenheit einfach darauf aufmerksam, dass die Effizienz und damit die Qualität der neu geschaffenen Stellen volkswirtschaftlich wichtig sind. Eine Volkswirtschaft darf nicht nur in die Breite wachsen, eine Volkswirtschaft muss sich auch in der Qualität in die richtige Richtung bewegen, damit wir den relativen Vorteil unseres Standorts gegenüber Konkurrenzstandorten verteidigen können.

Stichwort Staatsfonds: Der Bundesrat ist weiterhin der Meinung, dass ein Staatsfonds für uns nicht die Lösung sein kann. Wir würden das Risiko eingehen, über das Ziel hinauszuschliessen. Wir würden Abgrenzungsprobleme schaffen. Wir würden mit der selektiven Vergabe von Mitteln, Mitteln der öffentlichen Hand notabene, Industriepolitik betreiben. Das kann nicht unser Rezept sein.

Es gibt im Wesentlichen zwei Länder, die über Staatsfonds verfügen, das eine ist Norwegen, das andere ist Singapur. Im einen wird, in einem anderen gesellschaftlichen und politischen Verständnis, von oben geführt und deshalb von oben finanziert. Im anderen hat die Reduktion des Erdölpreises um 50 Prozent zu einigen Schwierigkeiten geführt: Man kann Finanzierungsverpflichtungen, die man eingegangen ist, plötzlich nicht mehr ohne Weiteres bedienen.

Ich bin bei den negativen Folgen im Arbeitsmarkt. Noch einmal: Wir haben eine hohe Flexibilität, und wir haben deshalb bei Weitem bessere Beschäftigungszahlen und bessere Arbeitslosigkeitszahlen als die Länder, die um uns herum sind. Ein Kündigungsschutz, erlauben Sie mir diese ganz persönliche Bemerkung, empfehle ich Ihnen definitiv nicht. Ein Kündigungsschutz würde dazu führen, dass sich der Unternehmer sagt: «Ich kann mir die Flexibilität am Arbeitsmarkt nicht mehr sichern, weil für mich die Kosten auf Dauer gegeben sind.» Wenn man sich dem Arbeitsmarkt nicht anpassen kann, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis man in den Märkten nicht mehr besteht. Weil man vor dem Nichtbestehen in den Märkten Angst hat, stellt man niemanden mehr ein. Ein Kündigungsschutz hätte also nicht die erhoffte, sondern genau die gegenteilige Wirkung für diejenigen, die dieses Thema auf den Tisch bringen.

Der Bundesrat hat 2010 entsprechende Vorschläge unterbreitet, auch auf Forderung des Parlamentes hin. Die Vernehmlassung hat ganz eindeutig klargemacht, dass man von diesem Kündigungsschutz nichts wissen will. Wir haben zwischenzeitlich Expertisen in Auftrag gegeben und warten auf die entsprechenden Studien und kommen dann wieder mit einer Antwort zu Ihnen zurück. Aber noch einmal: Tragen Sie dazu bei, dass das Vertrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer weiterhin gross ist, weil es gepflegt wird, sodass wir auf Instrumente wie Kündigungsschutz definitiv verzichten können.

Die administrative Belastung ist genügend diskutiert worden. Ich will einen Punkt herauspicken: Das ist die Frage, ob man all diejenigen, die 50 und weniger Personen beschäftigen, von der Teilnahme an jeglicher statistischen Erhebung befreien kann. Wenn wir das machen würden, würden wir 98 Prozent der Unternehmungen nicht mehr erfassen, und wir würden 44 Prozent der Beschäftigten nicht mehr erfassen. Es kann also nicht eine Schwarz-Weiss-Übung sein, sondern es gilt, eine gute Balance in der Grauzone zu finden. Nach meinem Verständnis kann man die Anzahl der Erhebungen reduzieren, man kann sie aktualisieren, und man muss vor allem das erheben, was für die Zukunft beurteilt werden muss. Man kann die verschiedenen Erhebungen auch auf einmal durchführen und diese den Unternehmungen nicht über das ganze Jahr verteilt zumuten, weil es dort schon Aufwand bedeutet. Ich weiss auch aus früherer eigener Erfahrung, wie man darüber gesprochen hat, wenn schon wieder ein Fragebogen ins Haus kam. Man füllt ja

diese Fragebogen korrekt aus, man will ja korrekte Antworten geben, und das ist natürlich mit Aufwand verbunden. Ohne Sie provozieren zu wollen: Wir haben in den letzten Jahren 168 Verordnungen aufgehoben, und wir haben in 106 Verordnungen 214 Artikel aufgehoben. Es ist also möglich. Ich nenne Ihnen ein Beispiel aus dem eigenen Departement, um Ihnen zu zeigen, dass man schon Weg und Steg finden kann, um die Bürokratie zu reduzieren. Das Bundesamt für Landwirtschaft hatte den Auftrag, sämtliche Items in den Verordnungen zur Landwirtschaft aufzuzeigen, die nicht mehr zeitgemäss sind, auf die man verzichten kann, und hat innerhalb von kurzer Zeit eine ganze Anzahl, hundert solcher Verordnungselemente gefunden. Wir sind jetzt daran, diese sorgfältig zu prüfen, und werden sie aus dem Verkehr ziehen, wann immer das möglich sein wird; dies nicht zum Schaden der Landwirtschaft, meine lieben Freunde, sondern um der Landwirtschaft Bewegungsraum zu verschaffen.

Die 31 Massnahmen des neuesten Berichtes habe ich erwähnt, die Geld- und Währungspolitik habe ich erwähnt, die Nationalbank habe ich erwähnt, ihre Unabhängigkeit habe ich in Erinnerung gerufen. Ich schliesse diesen Kreis mit der Bemerkung: Der stark überbewertete Franken gefährdet natürlich die Preisstabilität – wir haben ein gewisses Deflationsrisiko –, und er gefährdet in gewissem Masse auch eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung. Der Negativzins der Nationalbank ist aus Sicht des Bundesrates eine nützliche Hilfe, um den Franken etwas zu schwächen und damit für die Exportwirtschaft – Tourismus inklusive – bessere Voraussetzungen zu schaffen.

Ich will ganz kurz auf ein paar der heute Morgen gemachten Aussagen zurückkommen.

Herr Nationalrat Grunder, Sie haben eben gesagt, die Lage sei ernst. Ich habe Ihnen das mit meinen Ausführungen, glaube ich, bestätigt. Wir dürfen nicht unterschätzen, dass es in einem gewissen Masse eine Entindustrialisierung gibt. Wenn Sie mir jetzt den Vorwurf machen, ich käme aus der Industrie und dächte sowieso weiterhin nur an Industrie, dann täten Sie mir Unrecht. Ich insistiere auf einem industrialisierten Land, weil ich überzeugt bin, dass es, wenn es wettbewerblich möglich ist, hier Industriearbeitsplätze anzubieten, selbstverständlich auch möglich ist, im Dienstleistungsbereich zu bestehen. Wenn ich Industrie sage, dann meine ich letztlich also die Volkswirtschaft.

Es war interessant: Sie, Herr Nationalrat Glättli, haben darauf aufmerksam gemacht, dass es eine Industrie 4.0 gibt. Ich habe gestern Abend in der Romandie über Big Data gesprochen und gesagt, dass diese Welle, eine industrielle Revolution, auf uns zukommt. Wir haben sie noch gar nicht so richtig zur Kenntnis genommen, aber sie ist unterwegs; wir, die westeuropäischen Länder, tun gut daran, uns rechtzeitig mit diesen neuartlichen Herausforderungen auseinanderzusetzen.

Herr Nationalrat Pardini, Sie haben den Vergleich mit der dänischen Krone gemacht. Wenn Sie die Beurteilungsgrenze an der Landesgrenze Dänemarks ziehen, dann bin ich mit Ihren Aussagen ganz einverstanden. Wenn Sie aber auch die Anbindung an den Euroraum beurteilen, bin ich mit Ihnen weniger einverstanden. Für mich ist dann schon wichtig, dass wir unsere Währung unter der Kontrolle unserer Nationalbank mit allen Mitteln aufrechterhalten wollen.

Ich will ein Wort verlieren zur KTI: Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie mitgemacht haben, den Swiss Innovation Park auf die Beine zu stellen, dass Sie mitgemacht haben, die Schweiz zu einem Innovationspark zu machen. Das hat für mich vor allem auch den Esprit- und den Spiritcharakter, dass man sich auf Neues einstellen will, weil man weiß, dass man die Zukunft nur mit «Up to date»- und «State of the art»-Denken und -Handeln bestehen kann. Die KTI-Mittel für das Jahr 2015 haben wir bescheiden erhöht, aber wir können den KMU auf diesem Weg immerhin die Möglichkeit bieten, dass sie ihre Cash-Beiträge nicht leisten müssen. Für das Jahr 2016 ist vorgesehen, dass wir innerhalb der BFI-Thematik die regulären Mittel bekommen. Es ist auch vorgesehen, dass wir Zusatzmittel beantragen werden, aber es ist jetzt nicht der Zeitpunkt, bereits mit Zahlen zu operie-

ren. Die Innovationsförderung im KMU-Bereich – wir sind eine KMU-Volkswirtschaft – ist für mich von zentraler Bedeutung. Einzig das will ich bei dieser Gelegenheit bestätigt haben.

50 plus, Frau Nationalrätin Leutenegger Oberholzer, nehmen wir ernst. Es nützt Ihnen wahrscheinlich wenig, wenn ich in Erinnerung rufe, dass wir gemäss Seco-Statistik bei 50 plus eine Arbeitslosigkeit von 2,8 Prozent haben. Die Seco-Statistik ist nicht die OECD-Statistik, wir wissen das. Aber mit der Seco-Statistik haben wir eine reale Basis: Es sind nämlich alle diejenigen in der Statistik erfasst, die sich um einen Wiedereintritt in den Beschäftigungsmarkt interessieren, und das sind bescheidene 2,8 Prozent.

Ich nehme dieses Thema äusserst ernst. Sie wissen, dass wir eine Klausur, eine Konferenz abgehalten haben. Wir werden in einem Jahr wieder auf das Thema zurückkommen. Zwischenzeitlich müssen Aufgaben gelöst werden. Diese sind verteilt. Sie sind insbesondere an die Sozialpartner, an die Arbeitgeber verteilt und auch terminiert. Und dann sind die Kantone mit im Spiel. Wenn man älter ist, wenn man aus der Beschäftigung herausgedrückt wird, aus welchen Gründen auch immer, ist es tatsächlich sehr viel schwieriger, wieder zurückzufinden. Deshalb der Appell an uns alle – ich verstehe mich auch als Arbeitgebervertreter – mitzuhelfen, dass man den Älteren möglichst die Chance eröffnet.

Wir reden dauerhaft von Bürokratiedezidierung, von Erleichterungen im administrativen Bereich. Wenn wir uns den Spiegel vorhalten, sind wir, glaube ich, von links bis rechts und von rechts bis links in irgendeiner Form daran beteiligt, dass das Vorschriftenkorsett eher enger wird als offener. Ich habe das Rezept auch nicht. Aber ich habe mir immer gesagt: Wenn es gelingt, das Grundvertrauen hochzuhalten, wenn der Arbeitgeber mit dem Freiraum, der ihm zur Verfügung steht, im Interesse der Gemeinschaft umgeht und mit einer langfristigen Vision damit umgeht, dann muss man auf die eine oder andere Vorschrift verzichten können. An dem müssen wir arbeiten, und ich bedanke mich herzlich für Ihre Unterstützung in diese Richtung.

Giezendanner Ulrich (V, AG): Herr Bundesrat, wenn ich Sie jetzt etwas provoziere, ist das nur, um Ihr Unternehmerherz zu wecken – Sie haben eines, ich weiß das. Folgendes Beispiel: Herr Bundesrat Schneider-Ammann ist zurück in Langenthal und stellt in seinem Betrieb fest, dass die Bürokratie viel zu gross geworden ist. Er zitiert seinen Stabschef und sagt: «Die Bürokratie wird abgebaut!» Zwei Monate später kommt dieser Stabschef und sagt: «Chef, ich habe die Lösung. Wir machen alles gleich, aber jetzt einfach elektronisch und nicht mehr auf Papier.» Herr Bundesrat, wäre dieser Mann heute noch bei Ihnen angestellt?

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Erstens bin ich jetzt seit fünf Jahren nicht mehr in dieser Firma tätig. Zweitens konnte ich mir bei der Grösse dieser Firma keinen Stabschef leisten; ich habe selber Stabschef gespielt. Drittens weiß Unternehmerkollege Giezendanner ganz genau, wie das funktioniert: Wenn nicht die Spitze der Unternehmung ganz persönlich dafür sorgt, dass die administrative Belastung so minimal wird wie irgendwie möglich, dann passiert gar nichts.

Badran Jacqueline (S, ZH): Geschätzter Herr Bundesrat, Sie setzen auf gute Rahmenbedingungen, auf Anreize statt Gebote und Verbote. So weit, so gut, da können wir uns hier drin ja alle finden. Nur sind diese Anreize in der Praxis doch sehr stark auf die Grosskonzerne ausgerichtet, namentlich in den Bereichen, die Sie fördern wollen: im Bereich der Innovation, im Bereich der Forschung und Entwicklung. Das zeigt sich in den steuerlichen Rahmenbedingungen, aber auch zum Beispiel an den Mitarbeiterbeteiligungen. Ich versuche, das mit differenzierten Regelungen, die auch den KMU zugutekommen, zu ändern, und da erfahre ich von Ihnen keine Unterstützung. Können Sie mir sagen, dass Sie das ändern werden und dass wir hier miteinander eine KMU-Anreizpolitik machen können?

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Liebe Frau Nationalrätin Badran, ich mache den Unterschied zwischen Grossen, Mittleren und Kleinen in der Regel bewusst nicht, das heisst, ich präferiere die Grossen nicht vor den Kleinen. Ich fokussiere, und das ist, glaube ich, nachvollziehbar, auf die KMU. Ich kombiniere das noch mit der Aussage, dass ich ganz bewusst auf die Berufsbildung fokussiere. Ich gehe nämlich, was das Verhältnis zwischen Industrie und Dienstleistungen betrifft, wie vorhin gesagt, von Folgendem aus: Wenn es die Industrie gibt, dann gibt es die Dienstleistung sowieso. Wenn es die Berufsbildung gibt, dann gibt es den akademischen Teil sowieso. Wenn es die Kleinen gibt, dann gibt es die Grossen sowieso. Ich konzentriere mich auf die Basis dessen, was unseren Erfolg ausmacht, und das ist die KMU-Landschaft. Nebenbei bemerkt, das ist auch eine Binsenwahrheit: Aus den Kleinen entstehen die Mittleren und aus den Mittleren die Grossen. Es gibt Studien in den USA, die besagen – wegen der vorhin erwähnten Big-Data-Herausforderung und wegen der Herausforderung der Industrie 4.0 –, dass in zehn Jahren die Hälfte der Fortune 500 nicht mehr im Markt sein wird, weil sie unter Umständen das Problem haben, dass sie die technologische Entwicklung verpassen. Die Kleinen sind die Innovatoren, die Kleinen sind die Technologieführenden. Der Fokus liegt mit Sicherheit darauf.

Maire Jacques-André (S, NE): Monsieur le conseiller fédéral, je vous remercie pour vos réponses, en particulier pour celle concernant le soutien à l'innovation, qui nous réjouit.

Permettez-moi de revenir sur une autre question que j'avais posée, à savoir celle du chômage partiel. Vu l'état des carnets de commande dans l'industrie d'exportation, on sait qu'au début de l'année prochaine, plusieurs entreprises devront certainement prolonger le recours au chômage partiel. Peut-on compter sur un accueil bienveillant de votre part dans ce domaine?

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Herr Nationalrat Maire, das kann ich Ihnen sehr wohl bestätigen. Es ist vorgesehen, dass wir die Dauer von Kurzarbeit auf achtzehn Monate verlängern. Das tun wir, wenn die ersten Unternehmen etwa neun Monate von den jetzt geltenden zwölf Monaten ausgenutzt haben; dann sind wir früh genug, um das Zeichen zu setzen. Was wir auch tun können und werden, sollte die Situation schwieriger werden: Wir werden die Karentage verkürzen. Aber alles zu seiner Zeit.

Vielelleicht ist es noch interessant, die Bemerkung zu machen, dass das Instrument der Kurzarbeit in den letzten Monaten nicht derart gebraucht wurde, wie wir uns das in der Folge des 15. Januar 2015 vorgestellt hatten. Mit anderen Worten: Das Kurzarbeitsmodell ist ein Modell, das man nur dann benutzt, wenn man davon ausgeht, dass man durch einen Tunnel geht und das Tunnelende bereits in Sicht ist. Deshalb ist diese Situation jetzt so gefährlich, denn die nichtbenutzte Kurzarbeit ist ein Indiz dafür, dass gewisse Kreise sagen, man habe kaum eine Chance, innerhalb von ein paar Monaten wieder zurückzufinden. Deshalb fällt man dann irreversible Entscheide für eine Um- und Wegstrukturierung, und das führt dann zum Verlust von Arbeitsplätzen in der Industrie. Dagegen setze ich mich zur Wehr.

de Buman Dominique (CE, FR): Monsieur le conseiller fédéral, vous avez relevé à juste titre l'importance de la Commission pour la technologie et l'innovation et annoncé la décision du Conseil fédéral d'investir davantage d'argent pour promouvoir l'innovation, qui est la pièce maîtresse de notre économie prospère.

Néanmoins, vous constatez et vous dénoncez depuis des mois – à juste titre – une «désindustrialisation rampante», d'où ma question: si les moyens engagés dans la Commission pour la technologie et l'innovation ne devaient pas suffire à contrer cette désindustrialisation, quel serait à titre subsidiaire le plan du Conseil fédéral? envisageriez-vous d'avoir une politique industrielle digne de ce nom, telle qu'elle est pratiquée dans d'autres pays?

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Danke für die Frage, Herr de Buman. Eine interventionistische Industriepolitik «en faveur de l'Ouest» geht mit mir nicht, das wissen Sie. Das ist nicht der Weg. Aber mit der KTI die Innovation befördern, dabei helfe ich sehr wohl. Es braucht gute Projekte. Wir suchen auch die Projekte, die nahe an der Kulmination sind, um verkaufliche Produkte zu generieren, damit man über den Verkauf letztlich die Beschäftigung sichern kann. Aber Industriepolitik im Sinne von Interventionspolitik: bitte nicht!

Rytz Regula (G, BE): Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann, Sie haben vorhin in einem Tour d'Horizon aufgezeigt, mit welchen Massnahmen Sie in dieser aktuellen Situation als Bundesrat handeln wollen. Ich habe in einem Punkt Antworten vermisst. Sie haben klar gesagt, dass die Kaufkraftparität des Frankens heute über Fr. 1.20 liegen würde, also deutlich über dieser Fieberkurve, die Sie täglich messen und die ja jetzt ungefähr bei Fr. 1.09 liegt. Meine Frage geht dahin: Was können Sie denn tun, oder was werden Sie tun, damit diese Kaufkraftparität dann wieder erreicht wird? Wir liegen ja jetzt immer noch weit darunter. Das ist die entscheidende Frage, die wir heute diskutieren müssen.

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Frau Nationalrätin Rytz, die Nationalbank nimmt dann und wann Einfluss, um den Kurs etwas zu stützen. Die Reise geht in die richtige Richtung. Es kann als zynisch ausgelegt werden, wenn ich jetzt sage, es gebe tatsächlich eine anerkannte Wissenschaft, die besagt, dass sich die Kaufkraftparität früher oder später wieder einpendelt. Das kann lange dauern. Was ich feststelle, ist, dass die Nervosität in den Exportkreisen, Tourismus inklusive, doch etwas weniger gross ist, seit wir mehr oder weniger stabil um Fr. 1.10 sind; sie ist doch etwas weniger gross, als dies bei Fr. 1.03, Fr. 1.02, Fr. 1.04 noch der Fall war. Das ist kein Trost. Alles, was die Politik machen kann, ist längerfristig angelegt. Ich habe versucht, Sie mit meinen Worten zu sensibilisieren und zu sagen, dass das, was in paar Jahren auf uns zukommen könnte, nicht lustig ist und wir jetzt eine Politik machen müssen, die bei den Unternehmungen die Kosteneffizienz steigert, eine Kostenentlastung und vor allem auch Rechtssicherheit bringt.

Amstutz Adrian (V, BE): Geschätzter Herr Bundesrat, Sie haben auf die Frage von Kollege Giezendanner richtigweise festgestellt, dass in einer Unternehmung die Bürokratie ohne das dezidierte Eingreifen der Spitze nicht wirksam bekämpft werden kann. Nun frage ich Sie: Wer ist die Spalte beim Bundesamt für Statistik?

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Herr Nationalrat Amstutz, wir haben miteinander – in der Politik kann man nur miteinander etwas erreichen – einen Challenge: Wir müssen die Bürokratie, die nicht zwingend nötig und nicht zukunfts-tauglich ist, miteinander reduzieren können. In einer Unternehmung können Sie sagen: «Ich will!» Aber hier können wir das nur miteinander erreichen.

15.3800

Dringliche Interpellation
FDP-Liberale Fraktion.
Die Wirtschaft jetzt entlasten!
Interpellation urgente
groupe libéral-radical.
Alléger sans attendre les contraintes
qui pèsent sur les entreprises

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

15.3817

Dringliche Interpellation Fraktion
der Schweizerischen Volkspartei.
Frankenstärke.
Taten statt Worte!
Interpellation urgente groupe
de l'Union démocratique du Centre.
Franc fort.
Assez de paroles, des actes!

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

Le président (Rossini Stéphane, président): L'interpellation urgente a été discutée dans le cadre de l'objet 15.9007 et est ainsi liquidée.

15.3815

Dringliche Interpellation
grüne Fraktion.
Frankenstärke, Kampf
gegen die Deindustrialisierung
und Industrie 4.0
Interpellation urgente
groupe des Verts.
Agir contre le franc fort,
lutter contre la désindustrialisation,
exploiter le potentiel
du projet Industrie 4.0

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

15.3818

Dringliche Interpellation
sozialdemokratische Fraktion.
Frankenkrise.
Stopp der Arbeitsplatzverlagerung
ins Ausland
Interpellation urgente
groupe socialiste.
Poussée du franc.
Prévenir la délocalisation
des emplois à l'étranger

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

Le président (Rossini Stéphane, président): L'interpellation urgente a été discutée dans le cadre de l'objet 15.9007 et est ainsi liquidée.

15.3816

Dringliche Interpellation
grünliberale Fraktion.
Trotz Euroschwäche
robuste Schweizer Volkswirtschaft
Interpellation urgente
groupe vert'libéral.
Comment l'économie suisse
fait-elle pour rester performante
face à un euro faible?

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

15.3819

Dringliche Interpellation
CVP/EVP-Fraktion.
Abbau und Vermeidung
unnötiger Bürokratie
durch wirkungsvolle Massnahmen
Interpellation urgente
groupe PDC/PEV.
Réduire et éviter
la bureaucratie inutile
par des mesures efficaces

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

Le président (Rossini Stéphane, président): L'interpellation urgente a été discutée dans le cadre de l'objet 15.9007 et est ainsi liquidée.

Le président (Rossini Stéphane, président): L'interpellation urgente a été discutée dans le cadre de l'objet 15.9007 et est ainsi liquidée.

15.3433

**Motion Giezendanner Ulrich.
Befreiung der Unternehmen
vom Statistikaufwand****Motion Giezendanner Ulrich.
Libérer les entreprises
de la charge statistique**

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

Le président (Rossini Stéphane, président): La motion a été discutée dans le cadre de l'objet 15.9007. La commission propose d'adopter la motion. Le Conseil fédéral propose de la rejeter.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 15.3433/12 506)
 Für Annahme der Motion ... 119 Stimmen
 Dagegen ... 66 Stimmen
 (1 Enthaltung)

15.3439

**Motion Schibli Ernst.
Befreiung der Unternehmen
vom Statistikaufwand****Motion Schibli Ernst.
Libérer les entreprises
de la charge statistique**

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

Le président (Rossini Stéphane, président): La motion a été discutée dans le cadre de l'objet 15.9007. La commission propose d'adopter la motion. Le Conseil fédéral propose de la rejeter.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 15.3439/12 507)
 Für Annahme der Motion ... 118 Stimmen
 Dagegen ... 67 Stimmen
 (1 Enthaltung)

15.3400

**Motion Vogler Karl.
Vermeidung unnötiger Bürokratie
durch wirkungsvolle Bedarfsanalysen
und Regulierungsfolgenabschätzungen****Motion Vogler Karl.
Eviter la bureaucratie inutile
grâce à l'analyse efficace des besoins
et à l'évaluation des conséquences
de la réglementation**

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

Le président (Rossini Stéphane, président): La motion a été discutée dans le cadre de l'objet 15.9007. La commission

propose d'adopter la motion. Le Conseil fédéral propose de la rejeter.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 15.3400/12 508)
 Für Annahme der Motion ... 132 Stimmen
 Dagegen ... 52 Stimmen
 (2 Enthaltungen)

15.3445

**Motion FDP-Liberale Fraktion.
Bürokratieabbau.
Regulierungsfolgen
durch eine unabhängige Stelle
aufdecken****Motion groupe libéral-radical.
Réduction de la bureaucratie.
Faire analyser les coûts
de la réglementation
par un organe indépendant**

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

Le président (Rossini Stéphane, président): La motion a été discutée dans le cadre de l'objet 15.9007. La commission propose d'adopter la motion. Le Conseil fédéral propose de la rejeter.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 15.3445/12 509)
 Für Annahme der Motion ... 120 Stimmen
 Dagegen ... 64 Stimmen
 (2 Enthaltungen)

15.3180

**Motion Schelbert Louis.
Frankenstärke.
Aufstockung der KTI-Kredite
Motion Schelbert Louis.
Franc fort.
Augmentation des crédits de la CTI**

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

Le président (Rossini Stéphane, président): La motion a été discutée dans le cadre de l'objet 15.9007. La commission propose d'adopter la motion. Le Conseil fédéral propose de la rejeter.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 15.3180/12 510)
 Für Annahme der Motion ... 110 Stimmen
 Dagegen ... 73 Stimmen
 (4 Enthaltungen)

15.3333

**Motion Fraktion
der Bürgerlich-Demokratischen Partei.
Verordnungsexlosion
stoppen und Verordnungen abbauen**

**Motion groupe
du Parti bourgeois-démocratique.
Il faut mettre un terme à l'inflation
d'ordonnances et réduire leur nombre**

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

Le président (Rossini Stéphane, président): La motion a été discutée dans le cadre de l'objet 15.9007. La commission propose d'adopter la motion. Le Conseil fédéral propose de la rejeter.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 15.3333/12 511)
Für Annahme der Motion ... 90 Stimmen
Dagegen ... 90 Stimmen
(7 Enthaltungen)

*Mit Stichentscheid des Präsidenten
wird die Motion abgelehnt
Avec la voix prépondérante du président
la motion est rejetée*

Le président (Rossini Stéphane, président): J'aimerais souhaiter un excellent anniversaire à nos collègues Hansjörg Hassler et Roger Golay! (*Applaudissements*)

15.3514

**Motion
Leutenegger Oberholzer Susanne.
Flankierende Massnahmen.
Mehr Schutz
und erhöhte Fürsorgepflicht
für ältere Lohnabhängige**

**Motion
Leutenegger Oberholzer Susanne.
Mesures d'accompagnement
en faveur des salariés âgés.
Prévoir un devoir de protection
accru dans la loi**

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

Le président (Rossini Stéphane, président): La motion a été discutée dans le cadre de l'objet 15.9007. La commission propose d'adopter la motion. Le Conseil fédéral propose de la rejeter.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 15.3514/12 512)
Für Annahme der Motion ... 59 Stimmen
Dagegen ... 128 Stimmen
(0 Enthaltungen)

15.3467

**Interpellation Bertschy Kathrin.
Importabhängigkeit
der Schweizer Landwirtschaft
und Auswirkungen der Frankenstärke**

**Interpellation Bertschy Kathrin.
Dépendance de l'agriculture suisse
par rapport aux importations
et conséquences du franc fort**

Nationalrat/Conseil national 23.09.15

Le président (Rossini Stéphane, président): L'interpellation a été discutée dans le cadre de l'objet 15.9007 et est ainsi liquidée.

14.058

**Für ein bedingungsloses
Grundeinkommen.
Volksinitiative**

**Pour un revenu de base
inconditionnel.
Initiative populaire**

Erstrat – Premier Conseil

Nationalrat/Conseil national 23.09.15 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 23.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Le président (Rossini Stéphane, président): Dans le débat général sur l'initiative populaire nous traitons également la proposition de la minorité Schenker Silvia.

Ingold Maja (CE, ZH), für die Kommission: Was will die Volksinitiative? Allen in der Schweiz lebenden Menschen ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen. Das Prinzip des Grundeinkommens mit dem Ziel «Leben in Würde und soziale Teilhabe» entspricht exakt Artikel 12 der Bundesverfassung, und die Schweiz setzt Artikel 12 mit ihrem System der sozialen Sicherung durch unsere verschiedenen Sozialwerke bis hin zum letzten Netz, der kommunalen Sozialhilfe, weitestgehend um.

Die Schweiz hat dieses System der sozialen Sicherung in vielen Schritten auf allen drei politischen Ebenen gemäss unserem föderalistischen System entwickelt. Die Einkommenssicherung der Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen ist darin eingeschlossen. Das System ist zwar komplex, aber es umfasst alle Teile der sozialen Sicherung. Jedes System hat Vor- und Nachteile, aber unser System erfüllt seine Ziele. Die verschiedenen sozialen Sicherungssysteme schaffen auch eine mehr oder weniger ausgewogene solidarische Gemeinschaft zwischen den Beitrags- und Steuerzahlenden und den Leistungsbeziehenden. Unser System richtet klar definierte, spezialisierte und diversifizierte Leistungen aus und fängt die Folgen wirtschaftlicher Unfähigkeit und anerkannter sozialer Risiken auf, wo es die Bundesverfassung vorschreibt.

Es gibt natürlich immer Bedarf, ein Leistungssystem zu vereinfachen, Überschneidungen auszumerzen, Schwelleneffekte zu vermindern, Synergien zu nutzen, besser zu koordinieren. Auch über den Leistungsstandard muss man immer wieder diskutieren. Ein solches System ist nie in Stein gemeisselt, sondern hat permanenten Revisions- und Verbesserungsbedarf, so, wie die Bedarfslage der Bevölkerung in

